Diese Tendenzen, die in anderen Staaten (Amerika, Asien) noch ausgeprägter sind als in Deutschland, wie Seyler ebenfalls erkennt, da die Rationalisierung in allen kapitalistischen Ländern die Proletarier aufs Pflaster wirft. Freilich möchten gewisse Kolonialfexe die überflüssigen Fresser besser in den verpesteten Tropen um die Ecke bringen.

Und drittens: Die Abschaffung des stehenden Heeres und der Rüstungsindustrie hätte zur Verschärfung der Krise beigetragen!! Könnte man da nicht die Arbeitslosen uniformieren und bewaffnen um die Krise mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen. Man könnte der Einfachheit halber auch gleich den Heeresetat an die Arbeitsverlosen verteilen. Es springt in die Augen: Die Geschichte kostete viel mehr als die „Fürsorge". Die Krise würde noch größer, denn ob mit oder ohne Uniform aufgezehrte Mehrwerte nützen dem Kapitalismus nichts. Die Wirtschaft hat nicht zuviel Mehrwerte, sondern zu wenig. Die Rüstungsindustrie bedeutet Zerstörung, nicht Aufbau.

Der Kapitalismus ist eben wirklich in der Sackgasse, wie Wilhelm Dittmann am 19. August 1925 im „Vorwärts" und Herr Seyler in der Gewerkschaftszeitung eingestehen müssen. Und deshalb auch die Gewerkschaften, die mit dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Für das Proletariat gibt es nur einen Weg aus dem Chaos: Eine scharfe Scheidelinie zwischen Kapital und Arbeit. Zertrümmerung der Parlamentsparteien und Gewerkschaften als Stützen des Kapitals, um die proletarischen Revolution die Bahn zu ebenen. Zusammenschluß der entschlossenen zielbewußten Proletarier in der Partei, die noch stets die Fahne der Revolution hochhielt, in der KAP. Zusammenschluß des Proletariats als Klasse, in den Betrieben, zu einer einzigen Klassenkampffront, zur AAU. Es gibt keinen Ausweg mehr, die Situation erfordert die Vorbereitung zum Sturz des Kapitalismus.

Weiteres Steigen der Berliner Arbeitslosenziffer.

Die Krise auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich in der letzten Woche weiter verschärft. Die Zahl der Registrierten ist widerum um mehr als 3500 gestiegen, so daß bei den Arbeitsnachweisen gegenwärtig rund 276 900 Personen eingetragen sind. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre das beinahe Siebenfache. Allein in der Metallindustrie, die einen wertvollen Gradmesser für Berlin darstellt, hat sich, nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Berlin, in der letzten Woche die Arbeitslosigkeit um rund 1000 Personen erhöht. Bauarbeiter befinden sich in Berlin 22,7 Prozent ohne Arbeit (in Köln 41, Dortmund 37,8, Königsberg 31,4, Danzig 30,1, Erfurt 28,2, Baden 28, Breslau 24 und im Reichsdurchschnitt 22 Prozent. Bemerkenswert wird es verzeichnet, daß in letzter Zeit ein geringfügiger Abruf von Kräften für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie erfolgt ist.

Unter den bei den Arbeitsnachweisen Eingetragenen befanden sich 177 409 (175 169) männliche und 99 508 (98 091) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 136 678 (135 835) männliche und 70 427 (70 123) weibliche, insgesamt 207 105 (205 958) Personen. Außerdem wurde noch an 31 931 (31 595) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 3860 (3961) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 28 gegen 50 der Vorwoche.

Während also die Registrierten**ziffer** um reichlich 3500 stieg, stieg die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger nur reichlich 1000. Die mit „Erwerbslosenhilfe" Unterstützten verminderten sich sogar noch um rund 400. Kennzeichnend ist es, daß auch die Ziffer der Notstandsarbeiter zurückgeht; ebenso die Ziffer der zu „gemeinnützigen Pflichtarbeiten" Ueberwiesenen.

Aus der Bewegung

Anhalt

Die Aufgabe, das Proletariat von seiner ureigensten Aufgabe abzulenken, indem man versucht das Proletariat davon zu überzeugen, durch Volksentscheid die Fürsten zu endeigen, einmal zu Gunsten der Erwerbslosen, Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen, Kleinrentnern usw., das anderemal zu Gunsten des Staates, der Republik, blieb hier in Anhalt der SPD. allein überlassen. Gewiß wollen wir den RFB.-Leuten Anhalts den Versuch nicht absprechen, durch einen Umzug und großen Tam-tam durch die Stadt Cöthen, in diesem Sinne mitgewirkt zu haben. Aber angewidert von dem tagtäglichen Tam-tam vom Stahlhelm bis RFB. zollten ihnen die Cöthener Arbeiter keine Aufmerksamkeit. Es mag wohl mancher Spießer aufgeschreckt sein, vor den vorwegenen und zur Tat entschlossenen Gesichtern der RFB.-Leute. Auch wir sprechen den RFB.-Leuten den Mut nicht ab, für die Arbeiterklasse etwas tun zu wollen. Aber es kommt vor allen Dingen darauf an, daß man weiß, was man will. Den RFB.-Leuten sollte zu bedenken geben, da ihre Organisation doch dauernd um die Gunst des Reichsbanners buhlt, am betreffenden Sonntag aber kein einziger RFB.-Mann sich für ihre Aufopferung interessierte. Auf dem Platz wo die großen Reden geschwungen wurden, war ganze einzige KPD.-Genosse und RFB.-Leute kein einziger Arbeiter erschienen. Natürlich versuchten auch hier die KAP.-Genossen die RFB.-Leute davon zu überzeugen, das diese Soldatenspielerei mit rev. Klassenkampf absolut nichts zu tun hat.

Wie schon erwähnt ist der SPD. die Aufgabe sonst allein zugefallen, die Cöthener Arbeiter für den Volksentscheidschwindel zu interessieren. Die KAP.-Gen. hatten nicht in jeder Versammlung die Gelegenheit, diesen Rummel als Ablenkungsmanöver den Arbeitern gegenüber zu zeigen. Da die SPD. bei den meisten Versammlungen keine Diskussion zuließ. Es war ja auch besser die Versammlungsbesucher stundenlang zu langweilen und einzuschläfern, wie es der Magdeburger Oberbürgermeister Reim in einer Versammlung getan hat. Es ist wirklich schwer zu verstehen, wie die Arbeiter sich noch für solch seichten Schwatz interessieren können und zum Schluß noch tüchtig Bravo klatschen und die durch das Klatschen aufgeweckten Schläfer, trotzdem sie die ganze Predigt verschlafen hatten, das Schallecho verlängerten.

Wie überall so wurde natürlich auch hier, in Ermangelung anderer Argumente, versucht eine Pogromstimmung gegen uns zu entfesseln. Einige Arbeiter erklärten, wir wären Verräter, man müßte uns in den Dreck treten. Aber nachdem wir den Arbeitern ganz klar von politischen Standpunkt die Entwicklung aufzeigten und den Verrat der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, erklärten sie: Wir wären doch ganz gute Kerle, und sie bewunderten unser Wissen und die Ausdauer unseres Wirkens. Dagegen wären sie politische Waisenknaben. Somit war auch diese Bewegung ein moralischer Erfolg unserseits.

Süddeutschland

Ueber die ständig steigende Wirtschaftskrise wird uns auch aus Süddeutschland folgendes gemeldet:

„Fortgesetzte Entlassungen, Gang- und Teilstilleggungen, erneute Kurzarbeit usw. stehen auf der Tagesordnung. Neben der Metall-, Maschinen-, Textil-, Spielwaren-, Bauindustrie usw. leidt dieses Schicksal nun auch die Bleistiftindustrie. So, neilich z. B. die bekannte Bleistiftfabrik Faber 70 Arbeiter ganz geschlossen werden. Vor 3 Wochen wurden von der etwa 700 Mann starken Belegschaft der Bleistiftfabrik Stähler 50 Mann entlassen; weitere 100 sollen folgen und dann die Schließung des ganzen Betriebes.

Der Monat Juli weist ein ungeheures Anschwellen der Arbeitslosenziffern auf. Wie die Krankenkassenstatistik angibt, ist in der Woche vom 4. bis 10. Juli ein Rückgang der erwerbstätigen Mitglieder der Nürnberger Ortskrankenkasse von 375 zu verzeichnen (Vorwoche 187). Der Rückgang der Versicherten in den letzten 2 Monaten beträgt 2735. Diese sind bei der Zunahme der Erwerbslosenziffern aufzuweisen. Gleichzeitig stieg jedoch auch die Zahl der Kranken (Erwerbsunfähigen) von 2,95 Proz. der Vorwoche auf 2,98 Proz. Weiterhin ist aus der Beitragseinnahme zu ersehen, daß auch die ausgedehnte Kurzarbeit fortschreitet. Selbst in der Bauindustrie, die in normalen Banjahren in diesen Monaten arbeitslose Fach- und Hilfsarbeiter nicht aufzuweisen hatte, waren Ende Juni nahezu 800 Baufach- und Hilfsarbeiter arbeitslos gemeldet. Die in Nürnberg ausschlaggebende Metall- und Maschinenindustrie hatte im Juni nur einen Arbeitsbedarf, der zur Zahl der in dieser Gruppe arbeitslos gemeldeten Männer 2 Proz. und bei den Frauen 12 Prozent betrug. Wir sehen hierbei gleichzeitig wieder, wie die ungleich billigere Arbeitskraft der Frauenarbeit den Vorzug hat.

Die Kapitalistenklasse samt ihren von den Arbeitern gemisteten „Führern" sehen wohl wo die Reise hingeht. In der Erkenntnis ihrer Lage spielen sie mit den Arbeitern Vogel-Strauß-Politik, arrangieren in verschiedenen Städten Nordbayerns „mittelalterliche Festspiele" zur Verherrlichung ehemaliger Raubritter und rühren in den Großstädten dazu tüchtig die Werbetrommel, um die neuen Proleten zur Teilnahme an diesen Ablenkungsmanövern zu veranlassen. Auf der Höhe dieser bürgerlichen „Erziehungsmethoden" und mit Hilfe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bringen sie es auch immer noch fertig, die denkfaulen Arbeiter einzufangen. — Wie lange noch?

Descriptare der Revolution

Solange es in der Geschichte soziale Kämpfe gibt, hat es nicht an Gestalten gefehlt, deren schwankende Gesinnung einen mehr oder minder großen Einfluß auf die Entwicklung und Bewegung historischer Geschehnisse ausgeübt hat. Es soll hier nicht die Aufgabe sein, eine Liste jener erbärmlichen Gesellen aufzustellen, deren Herostratenrolle sie zu einer traurigen Berühmtheit verhölfen hat und verhelfen wird; auch die Beweggründe, Absichten und unheilvollen Wirkungen ihrer Taten auf die Entwicklung der Menschheitsgeschichte psychologisch und politisch unter die Lupe zu nehmen, übersteigt den Rahmen eines Zeitungsartikels. In der Geschichte wird einem Ebert, Noske . . . . . ebenso der ihnen gebührende Platz angewiesen werden, wie ihren berüchtigten Vorläufern von derselben Instanz das Urteil gesprochen worden ist. Ihnen allen fehlte das feste Fundament, von dem aus sie ihre Entschlüsse bei entscheidenden Sachlagen in die Wagschale werfen konnten; das sind die Ursachen, die sie in den Augen aufrechter Kämpfer zu Verrätern stempelt.

Diesen Renegaten sind noch weitere unangenehme Erscheinungen kleineren Kalibers, die die Arbeiterbewegung der letzten Zeit aufzuweisen hat, zuzugesellen. Auch bei ihnen war der Mangel einer gründlich durchdachten Stellungnahme zu einem Problem, das Fehlen einer festgegründeten Weltanschauung, ihr Verhängnis. Jeder einzelne von den vielen, die während der revolutionären Gärung aufgetaucht und wieder verschwunden sind, nötigt einem höchstens ein Kopfschütteln ab über die Argumente, mit denen sie ihre Fahnenflucht zu verantworten suchen, aber die Beweggründe aller summiert, wirken wie Brechmittel. Der Ekel ob ihrer Jämmerlichkeit, zwingt einen, sich mal Luft zu machen. Charakterisiert sich ihr Verhalten auch nicht als direkter Verrat, so sind sie doch manchmal Hindernisse im Klassenkampf und verdienen, als Streber, Verzagte, Auswegslose . . . . den Spiegel vor ihre Visage. Die Mannigfaltigkeit dieser Elemente, die meist als Funktionäre in der Arbeiterbewegung einst ihr Wesen trieben, verbietet ein näheres Eingehen auf ihre heutige Stellungnahme, daher seien diese Momentbilder nur auf die wesentlichsten Typen beschränkt.

Den Vorantritt sollen die Harmlosesten haben. Das sind die Zaghaften, Empfindsamen, Feinde alles Rohen. Die Revolution verwechseln sie mit einem Damenkränzchen. Jede reaktionäre Schandtat bringt ihr Blut in stürmische Wallungen, aber — die „Schale ihres Zornes" ist mit Rosenwasser gefüllt. Ein urwüchsiger, handgreiflicher Ausdruck revolutionärer Empfindung und Gesinnung verursacht bei ihnen Herzkrämpfe. Hat ein Lämpchen in die politische Bewegung mal die Finger hineingesteckt, ist die Erinnerung daran unheilbar: aber für die Opfer an Gut und Blut, Freiheit und Leben, die die Geschichte der Arbeiterbewegung aufzuweisen hat, haben sie ein schwaches Gedächtnis. Irgendeine alleinseligmachende Gemeinschaft nimmt sie häufig auf oder sie warten im stillen Kämmerlein, bis die Klassenkämpfe mit der Insektenpulverspritze ausgetragen werden.

Ungenießbarer sind schon die sogenannten Konjunkturpolitiker. In stürmischen Zeiten Tagesgrößen in einem kleinen Bezirk, stehen sie immer am Scheideweg: statt trotzig durch die hochgehenden Wogen zu steuern, spähen sie unentwegt nach der Wetterfahne, bis sie mit einem günstigen Wind in ein Asyl für gesinnungslose Streber landen, wo sie ihr politisches Analphabetentum in barer Münze umsetzen können.

Bestgehaßte Objekte für die Reizbarkeit rebellischer Naturen sind die bekannten, aus der Kollegenschaft hervorgegangenen Schleicher. Arbeiterbewegung, Vertrauensmann, Betriebsrat waren die ersten Stufen seiner Laufbahn. Von den Kollegen bald als Maulaufreißer, Gernegroß, dessen Denken und Handeln mit revolutionärer Erkenntnis nicht vereinbar war, erkannt, wurde er leicht ein Opfer der Unternehmerpsychologie: die anscheinend aufhetzerische Tätigkeit wurde durch Angebot einer festen Stellung unterbunden, die anfängliche Steifheit seines Nackens durch „angemessenen" Judaslohn erweicht. Geschult durch übertriebene Parteidisziplin, nimmt er seine Unterwürfigkeit nach oben als Selbstverständlichkeit mit in Kauf: nach unten hält er sich durch Antreiberei und Preisdruck schadlos für die Verachtung, die ihm von den Kollegen zuteil wird. Sein Glaubensbekenntnis ist: wer hat, hat. Auch ihn wird die revolutionäre Welle einst in den Abgrund schleudern.

Ein anderes Format ist der, den die Gunst des Unternehmers schon eine Stufe höher gehoben hat. Nach bürgerlichen Begriffen ehrlicher, guter Mensch, aber schlechter Musikant. Ehemals bei revolutionären Kämpfen Schrittmacher, Rufer im Feuereifer, jede ihm übertragene Funktion ausführend, zeigte es sich bald, daß die anscheinend vom Klassenhaß geschürte Ideologie als Grundlage ein Spielball der wirtschaftlichen Verhältnisse, wurde er Leiter eines mittleren Betriebes und steht als gesellschaftlichen Erscheinungen durch die Brille des Unternehmers. Die Stütze seiner Ueberzeugung ist jetzt die Höhe des Monatsgehaltes. Bei ihm fangen die Menschen erst beim kleinen Unternehmer an, denn bei Einkommensvergleichungen dient stets der Verdienst seines „Chefs" als Maßstab. Radio und Kartickelstall sind die notwendigen Attribute kleinbürgerlicher Ideologie: Mottenpost und Kreuzworträtsel versuchen die letzten Reste politischen Denkens. Früher wild-, jetzt sattgewordener Spießbürger versucht er die physischen und psychischen Schlaftätze und seiner Weisheit letzter Schluß ist: „Die Menschen sind noch nicht reif, die Arbeiter wollen es nicht besser haben" . . . .

Eine besondere Note verdienen die verkannten Genies, die immer den Anschluß Versäumenden. Aus der Jugendbewegung hervorgegangen, haben sie vor Jahren ein paar Belanglosigkeiten in einer Zeitschrift veröffentlicht und sind seitdem mit der fixen Idee behaftet, zum Schriftsteller berufen zu sein; dünken sich als geistige Leuchte unsterblicher Zukunftswerke zu vollbringen, die die bisherige sozialistische Literatur als Makulatur erscheinen läßt. In ihrer Erhabenheit sich sonnend, ewig den Bleistift in der Hand, spielen sie einstweilen den Zensor bei jeder Lektüre, schnüffeln nach Blößen in der Darstellung; über jeden stilistischen Schnitzer oder nicht salonfähigen Ausdruck geringschätzend die Nase rümpfend, messen sie daran die Leere des eigenen Gehirnkastens. Alle linkspolitischen Richtungen haben sie durchlaufen wobei die Rockschöße hervorragenderer Genossen stets das erstrebenswerteste Ziel waren. Bei politischen Debatten ist der falsch verstandene Relativismus das Mäckchen für Alles, das ihnen für jede ihrer Ansichten und Handlungen das passende Mäntelchen zurechtschneiden muß. Unmäßige geistige Kost verursacht ihnen Gehirnwindungen, Verdauungsbeschwerden; daher ihre zeitweilige Flucht in eine Nervenheilanstalt. Zur geistigen Impotenz die körperliche gesellt, erreichen sie bald den Bestimmungsort für solche Jämmerlinge, — die SPD. In dieser Abladestelle wühlen sie in dem geschichtlichen Schutt der Arbeiterliteratur. Finden sie einen Brocken verjährter Weisheit Kautsky'scher Färbung, so quaken sie ehrfurchtserschauernd, wie jene Amphibien, deren Lebenselement der Sumpf ist . . .

Seelenverwandt mit den obigen sind die intellektuellen Novemberlinge. Sie sind wenigstens die ehrlicheren. Auf schwankendem Grund hin und her geworfen, machen sie heute in Revolution um morgen, weil der Einsatz für ihre ehrgeizigen Pläne zu hoch ist, zum Weltschmerz ihre Zuflucht zu nehmen. Sie landen meistens dort, wo sie hergekommen sind; sich ihrer geistigen Exkremente entledigen.

Entsprechend der verschiedenen Prägung der vorstehend gekennzeichneten, ändert sich auch die Einstellung diesen traurigen Gesellen gegenüber.

Während den eingangs erwähnten „Großen" gegenüber ein ehrlicher Haß einem die Feder schärft, kann man sich gegen die zweite Kategorie nur wappnen mit einem Lächeln des Mitleids oder dem Gefühl der Verachtung; bei den Uebrigen versagen auch diese Waffen. — nur die Geißel des Spottes als Züchtigungsmittel kann bei denen einem davor bewahren, daß die Galle nicht überläuft.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Oeffentliche Versammlung.

der Komm. Arb.-Jugend am Mittwoch, den 4. August 1926, abends 7½ Uhr, in der Schulaula Guerlikestraße 32, Charlottenburg: „Krieg dem imperialistischen Kriege!" Es lebe der Befreiungskrieg des Proletariats!

Freie Aussprache! **Komm. Arb.-Jugend.**

Gruppe Neukölln: Am Donnerstag, den 22. 7. 26, findet ein öffentlicher Gruppenabend bei Schwartzkopf, Fontanestraße 26, mit dem Thema: „Einheitsfront" statt. Anfang pünktlich ½8 Uhr.

Achtung! Genossen! Achtung!

welche an der Hausagitation in Köpenick teilnehmen wollen, treffen sich am Sonnabend, 24. Juli 1926, abends ½6 Uhr, am Bahnhof Adlershof, 16. Unterbezirk (Köpenick).

„Proletarier" Nr. 7

Aus dem Inhalt:

Der Staatsstreich in Polen.
Paneuropa — ein deutscher Weltmachtstramm.
Industriekapital und Gewerkschaften (Schluß).
Lohnkampf — Massenstreik — Revolution.
Arbeiterinteressen und Parteitaktik.
Im Kampf um die Ideologie
Notizen — Feuilleton — Literatur — Kunst — Kino — Radio
Bibliographie.

Preis des Heftes 50 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 und durch alle Zeitungsobleute und Mitglieder der AAU. und KAP.

Buchhandlung für Arbeiterliteratur und Antiquariat,
Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Bücher, die jeder Arbeiter lesen muß.

Zum Studium der kommunistischen Arbeiterbewegung empfehlen wir nachstehende Schriften:

Offener Brief an den Genossen Lenin (Herm. Gorter)	0.60 M.
Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus	10 ₰
Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats	0.40 M.
Der Weg des Dr. Levi der Weg der VKPD.	0.30 M.
Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands	0.50 M.
Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)	0.20 M.
Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! Alle Macht den Räten!	0.05 M.
Gewerkschaften oder Allgem. Arbeiter-Union. Reform oder Revolution	0,10 M.
„Proletarier", Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf Jahrg. 1925 halbl. geb.	6.— M.
Jahrgang 1926, Heft 1, 2-3, 4-5, 6, 7, jedes Heft	0,50 M.
Kommunistische Arbeiter-Zeitung Jahrgang 1924 und 1925 halbl. geb. je	12,— M.
Jahrgang 1926, Nr. 1—55 und laufend weiter 4	0.15 M.
Die KPD. im eigenen Spiegel	2,— M.

Wir haben außerdem sämtliche sozialistische, kommunistische, wissenschaftliche und schöngeistige Literatur am Lager.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isadonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 58

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die 1a Nummer der Zeitung angegebener Preise. Zahlung bis 5. bezüglichenwaise 20. jeden Monats.

Die „Arbeitslosen-Versicherung"

Die Wirtschaftskrise ist zu einem unlösbaren Dilemma des Kapitalismus geworden. Die „Rationalisierung" setzt zwar immer neue Arbeitermassen frei und macht sie überzählig. Aus dem Zentralisationsprozeß des Kapitals wachsen zwar gigantische Konzerne und Trusts hervor, die vermittels der „Rationalisierung" die übriggebliebenen Arbeiter aufs äußerste auspressen; durch ihre Monopolherrschaft im Inland und ihrer Schleuderkonkurrenz im Ausland den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert in klingendes Gold umminzen. Aber der Produktionsumfang wird damit nicht erweitert, der Inlandsmarkt wird erdrosselt und auch im Ausland wird nicht neuer Absatzmarkt geschaffen, sondern bestehender vorübergehend erobert.

Die Aufgaben des bürgerlichen Staates werden in der kapitalistischen Niedergangsepoche immer schwieriger. Die Klassengegensätze verschärfen sich immer mehr. Die Arbeiter werden, mit dem Gespenst der riesigen Reservearmee im Rücken, auf die äußerste Stufe gepreßt. Ihre Lebensdauer wird durch die verschärften Antreibermethoden der „Rationalisierung" herabgesetzt. Man brauche keine Rücksicht zu nehmen: die Reserve ist da. Sie wächst weiter mit der Rationalisierung und der Proletarisierung der Mittelschichten. Das ist die Gefahrenzone der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Erwerblosenfürsorge wird so zur Kardinalfrage. Im bisherigen Maße betrieben, wird sie bei weiterer Steigerung zur riesigen „unproduktiven" Belastung der kapitalistischen Wirtschaft. Seit dem Herbst vorigen Jahres wird an einem Gesetzentwurf für „Arbeitslosen-Versicherung" gedoktert. Bei der bisherigen Erregung der Erwerbslosen hat man das Experiment nicht gewagt. Jetzt ist anscheinend die Zeit gekommen, die Erwerbslosenfürsorge mehr als bisher in Einklang mit den „Bedürfnissen der Wirtschaft" zu bringen.

Das Wichtigste ist die Lohnklasseneinteilung. Die Arbeitslosen werden nach dem Gesetzentwurf in fünf Lohnklassen gespalten. Für jede Klasse wird ein „Einheitslohn" festgelegt:

	Einheitslohn
I. bei Wochenverdienst bis 10 Mk.	10 Mk.
II. bei Wochenverdienst über 10 bis 20 Mk.	15 Mk.
III. bei Wochenverdienst über 20 bis 30 Mk.	25 Mk.
IV. bei Wochenverdienst über 30 bis 40 Mk.	35 Mk.
V. bei Wochenverdienst über 40 Mk.	40 Mk.

Die Hauptunterstützung beträgt 40 Prozent, die Familienzuschläge betragen für jeden Angehörigen 5 Prozent des Einheitslohnes. Die Gesamtunterstützung darf 65 Prozent des Einheitslohnes nicht überschreiten.

Die Mehrzahl der Arbeiter verdient nicht mehr als 30 Mk. Viele, besonders die Frauen und Jugendliche, verdienen viel weniger. Das ist eine bedeutende Verschlechterung, die durch die qualifizierten Arbeiter nicht aufgehoben wird. Dafür wird versucht, jedes Band der Solidarität zu durchschneiden und einen Teil vollkommen zu Heloten herabzudegradieren.

Der „arbeitsfähige, arbeitswillige, oder unfreiwillig Arbeitslose" muß eine Anwartschaft von 26 Wochen (bisher 13 Wochen) in den letzten 12 Monaten erfüllt haben. Von vornherein wird der Kreis der wirklich „Versicherten" sehr eng begrenzt. Diejenigen Arbeitslosen, die noch das Glück hatten, vorübergehend Arbeit zu erhalten, sind also auf die Dauer ausgesteuert. Die Unterstützung läuft nach 26 Wochen ab. Ferner sind die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, sowie der Binnen- und Küstenfischerei „versicherungsfrei", d. h. ausgeschlossen. Eine weitere Fußangel ist die „Arbeitswilligkeit". Der Sozialdemokrat Cohen-Reuß läßt sich darüber im „Konfektionär" vom 19. 6. 1926 wie folgt aus:

„Einer der ausschlaggebenden Grundgedanken, ohne den die Arbeitslosenversicherung wirtschaftlich wie sittlich (!) undurchführbar wäre, ist die Willigkeit zur Arbeit. Es wäre unmöglich, Arbeitslose auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu unterstützen, die nur deshalb arbeitslos sind, weil der Wille zur Arbeit fehlt. Daher ist die Frage des Organisationsaufbaus von größter Wichtigkeit. Von ihrer Gestaltung hängt es ab, daß die Frage der Arbeitswilligkeit auch wirklich richtig entschieden und bei Arbeitsunwilligkeit die Unterstützung verweigert wird. Ob diese Sicherheit bei der von den Arbeitern geforderten vollen Selbstverwaltung erreicht werden kann, erscheint in der Tat zweifelhaft, die Staatsgewalt wird hier als letztentscheidende und kontrollierende Instanz kaum entbehrt werden. Ebenso wichtig für die Beurteilung der Arbeitswilligkeit sind natürlich die Vorschriften des Gesetzes über die Frage, ob der Arbeitslose jede vorhandene Arbeit (besonders außerhalb seines Wohnorts und in anderen Berufen) annehmen muß. In vollkommen befriedigender Weise wird sich diese Frage überhaupt nicht lösen lassen."

Dieser saubere Sozialdemokrat, dem sogar die gewerkschaftliche „Selbstverwaltung" nicht sicher genug ist, weiß, daß diese Klausel dazu da ist, den Rahmen der „Versicherten" weiter zu verengen: „Die Arbeitslosenversicherung darf daher kein Mittel werden, das traditionelle Beharrungsvermögen der Menschen, sofern es unökonomisch ist, auch noch zu unterstützen." Die Beschaffung „produktiver" Arbeit, wobei die Zahlung tariflicher und ortsüblicher Löhne noch „sorgfältiger Prüfung" unterworfen werden müßten, soll in den Vordergrund treten:

„Freilich müßte in jedem einzelnen Falle vorher die genaue Rentabilitäts- und die Finanzierungsmöglichkeit untersucht werden. In vielen Fällen werden sie möglich sein, wenn man die Arbeiten nicht in der Art der viel zu kostspieligen Notstandsarbeiten, sondern so durchführt, wie derartige Arbeiten allein ausführbar sind: im Wettbewerb freier Unternehmer, die sich aus den Arbeitslosen die geeigneten Kräfte ebenso heraussuchen, wie das im freien Markt geschehen würde. Auf diese Weise würde eine Fülle produktiver Werte geschaffen werden können, deren Notwendigkeit und Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft kaum bezweifelt werden kann. Diese produktive Beschäftigung fällt um so stärker ins Gewicht, als ohne sie ungeheuere Geldsummen ohne jede Gegenleistung hergegeben werden. Die Beschaffung produktiver Arbeit muß daher das Primäre sein, die Arbeitslosenunterstützung das Sekundäre."

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" baut in einem Artikel vom 24. 6. 1926 „Arbeit für die Erwerbslosen" ir. dieselbe Kerbe ein: „Die Arbeitslosenunterstützung bildet heute geradezu ein Hemmnis der Wiedergesundung. Das Geld wird den schwer um ihre Existenz ringenden Betrieben abgenommen, ohne an anderer Stelle diesen Schaden wieder wettzumachen und darüber hinaus Werte zu schaffen."

Das Arbeitslosenheer, das natürliche Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise, das gerade dadurch entsteht, daß die Kapitalisten über den realisierenden Mehrwert hinaus nicht „Werte schaffen" lassen, soll sich nützlich machen:

„Was liegt näher, als das Heer der Arbeitslosen in den Dienst einer solchen Aufgabe zu stellen. Weite Strecken Moorlandes harren in Deutschland der Urbarmachung. Warum geschieht es nicht?... Die Wirtschaft verlangt nach neuen Kanälen schon seit Jahrzehnten. Warum baut man sie nicht und verbessert auf die Weise die ökonomischen Grundbedingungen des Landes? Unser Volk haust seit Jahr und Tag in unlänglichen Wohnungen. Warum baut das Reich mit Hilfe der Arbeitslosen keine Häuser? Warum das alles? Warum dieser Unsinn?"

Es scheint bald so, als daß die Interessenvertreterin des Kohlensyndikats gegen den kapitalistischen Unsinn polemisieren wollte. Aber: Was liegt näher, als daß hier der Gesichtspunkt der „Produktivität" maßgebend ist. Derartige Bauten im „öffentlichen" Interesse aller — Kapitalisten müssen rentabel sein und dürfen natürlich die „Wirtschaft" nicht noch mehr belasten. In seltener Einmütigkeit haben sämtliche Nutznießer des parlamentarischen Budenzaubers mit Einschluß der Auch-Kommunisten Hörnle und Schütz, das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" unterschrieben (Reichstagsdrucksache Nr.

(Schluß Seite 2)

Ultralinker Menschewismus oder Kampf zwischen Sinowjew und Stalin?

Unter dem Titel „ultralinker Menschewismus" bringt die die „Rote Fahne" vom 15. und 16. Juli einen langen Redaktionsartikel der „Prawda" (allem Anschein nach von Bucharin), betitelt „Die rechte Gefahr in unserer Partei". Dieser Artikel ist sichtbar eine Polemik gegen eine „Briefbroschüre" von Medwedjew — ein Vertreter der ehemaligen „Arbeiteroppposition", an deren Spitze Schlapnikoff und Kolantin standen. Indem sie Medwedjew mit Schlapnikoff identifiziert (sie nennt ihn „der nächste Waffenbruder und die rechte Hand Schlapnikoffs), und indem sie Schlapnikoff mit der ehemaligen „Arbeiteroppposition" identifizert, richtet „Prawda" ihre Polemik gegen die ganze „Arbeiteroppposition".

Wir wissen nicht ob Medwedjew die „rechte Hand" von Schlapnikoff ist und ob die beiden identifiziert werden können. Wir wissen aber, daß Schlapnikoff nicht die „Arbeiteroppposition" ist, da sie seit langem nicht mehr existiert. Die ehemalige „Arbeiteroppposition" von 1921 zerfiel in verschiedene Gruppen und Richtungen, von denen die wichtigste die sogenannte „Arbeitergruppe" mit Miasnikow und Kosnetzow usw. an der Spitze ist. Auf diese Weise ist die obige „Briefbroschüre" nur für die politische Entwicklung eines Teils der ehemaligen „Arbeiteroppposition" charakteristisch.

Laut der von der „Prawda" angegebenen Daten sieht man, daß Medwedjew den bolschewistischen Wirtschaftskurs ablehnt, da er die Industrie zu einem Anhängsel der Landwirtschaft macht und ihre Entwicklung in Abhängigkeit von der der Landwirtschaft stellt. Die russische Landwirtschaft entwickelt sich sehr langsam und damit ist auch die Industrie zu einer sehr langsamen Entwicklung verurteilt. Eine sich langsam entwickelnde Industrie kann aber nicht die immer wachsende Reservearbeitsarmee Rußlands aufnehmen, und letztere ist zu Degeneration und Hungertod verurteilt. Deshalb ist für sie nur ein beschleunigtes Tempo der industriellen Entwicklung als Ausweg möglich. Die dafür notwendigen Mittel können weder von Steuern noch mit Sparen von „Sechsern" angesammelt werden. Das kann nur durch die Heranziehung von ausländischem Kapital in Form von Konzessionen geschehen.

„Wir fordern" — schreibt Medwedjew — „daß die Regierung energische Schritte unternehmen zum Aufreiben der Mittel durch ausländische und inländische Staatsanleihen und Zulassung von Konzessionen mit größeren Vorteilen und Krediten zu bringen bereit war. Wir sind der Meinung, daß materielle Opfer an das internationale Kapital, daß bereit ist größere Industrien anzubauen, das kleinere Uebel ist als der hinsichtlich der Industrie und der Landwirtschaft, der Zustand, der für uns verderblich werden kann."

Der Weg, der diese Plattform für die ökonomische Entwicklung Rußlands zeigt hat wirklich nichts mit Sozialismus, mit Kommunismus gemein. Nichts aber ist falscher als die Ansicht, daß die heutige, offizielle Politik der Bolschewiki mehr Sozialistisches und Kommunistisches bede . . . Wie der von Medwedjew vorgeschlagene Wirtschafts' so für auch der der Bolschewiki (Industrialisierung durch organische Entwicklung der russischen Wirtschaft) mit eiserner Notwendigkeit zum Kapitalismus. In dem objektiven Gange der ökonomischen Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus ändern die bolschewistischen Wünsche und Phrasen ebensowenig, wie die kommunistische Phraseologie und subjektiven Wünsche von Medwedjew. („Prawda" verstehweigt, daß auch Medwedjew durch die Entwicklung der Industrie auf dem Wege der Konzessionen zum Kommunismus zu kommen glaubt. Sie verschweigt seinen Plan, der sich allem Anschein nach nicht von der Utopie Lenins bei Einführung der Nep unterscheidet, um den Eindruck zu erwecken, daß er bewußt die Richtung in Kapitalismus sieht. Damit erleichtert sich die „Prawda" ihre „Kritik" von „links" und gibt nicht dem Leser die Möglichkeit auf den

teressen des jungen russischen Kapitalismus im Interesse einer schnelleren ökonomischen Entwicklung und der Schaffung von Möglichkeiten für Verwendung der Arbeitskraft der wachsenden Riesenarbeitslosenarmee Rußlands opfert.

Der Gegensatz also zwischen der offiziellen, bolschewistischen Politik und dieser Medwedjews ist kein Gegensatz zwischen kommunistischer und kapitalistischer Politik. Deshalb kann hier keine Rede von „rechts" und „links" sein.

Der Versuch, die Plattform Medwedjews als „rechte Gefahr" und die bolschewistische Politik als „linke" hinzustellen, ist eine Leistung, die sich nur Herr Bucharin erlauben kann; und das nicht nur, weil die Entwicklung der Industrie durch Konzessionen der ursprüngliche Plan Lenins bei Einführung der Nep war, der durch Schuld des europäischen und amerikanischen Kapitals nicht in seinem gedachten Umfang verwirklicht werden konnte, sonder auch weil die Bolschewiki für die Lösung ihrer ökonomischen Schwierigkeiten im Nachteil zu ihrer nationalen Politik gezwungen sind (wie Kemal Pascha und andere in Asien) immer größere Konzessionen dem ausländischen Kapital zu machen und damit faktisch dem Wirtschaftskurs von Medwedjew zu folgen. Sein Wirtschaftskurs zeigt anschaulich, daß jeder, der im Rahmen des heutigen Rußland eine ökonomische Politik führen will, möge er sogar ausschließlich von dem unmittelbaren Interesse der Arbeiterklasse ausgehen, gezwungen ist, eine kapitalistische Politik zu führen. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung Rußlands und für den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution.

Nicht eine kleinere Dosis von Demagogie ist in dem Versuch der „Prawda" den internationalen und inneren politischen Kurs Medwedjews für den „rechten" und diesen der Bolschewiki für den „linken" vorzustellen, enthalten.

Indem Medwedjew ganz richtig feststellt:

Daß die Parteien der 3. Internationale eine Folge der „Versuche unsere Arbeitsmethoden auf alle westeuropäischen Länder mechanisch zu übertragen" und daß . . . Diese Versuche buchstäblich zu einer Bildung von materiell hilflosen „kommunistischen" Sektionen und deren Erhaltung auf Kosten des Eigentums (?) der russischen Arbeitermassen führen. Das von ihnen unter den jetzigen Verhältnissen selbst nicht ausgenützt werden kann."

„In Wirklichkeit wird ein **Gesindel kleinbürgerlicher Knechtsseelen** geschaffen, **die für das russische Gold sich selber für das Proletariat ausgeben und die „revolutionärsten Arbeiter" in der Komintern vertreten."**

und in voller Uebereinstimmung mit den außenpolitischen Interessen der bolschewistischen Partei die Auflösung der „kommunistischen" Parteien und der sogenannten „Roten" Gewerkschaftsinternationale verlangt.

„Wir sind", schreibt er, „dafür, daß die kommunistischen Arbeitermassen ein Bestandteil der Arbeitermassen die in den Gewerkschaften und Genossenschaften, den sozialistischen Parteien usw. sind, bleiben, daß alle Versuche, eine von diesen Massen gesonderte Organisation zu schaffen, entschieden zurückgewiesen werden, als Abenteuer, die die Arbeiterbewegung desorganisieren."

Diese Forderung Medwedjews ist eine Konsequenz der Einheitsfronttaktik der bolschewistischen Partei resp. der 3. Internationale. In bezug auf die KPD. vertrat sogar Tomski als offizieller Vertreter des bolschewistischen ZK. auf dem 14. Parteitag den Standpunkt Medwedjews. Wenn „Prawda" aufrichtig sein könnte, würde sie mit dem berühmten Ausspruch Auers antworten: „Lieber Medwedjew, du bist ein Esel, solche Sachen macht man ohne über sie zu sprechen". Für jeden bewußten Proletarier ist es klar, daß vom Standpunkt der Interessen der internationalen Arbeiterbewegung es sich in dem Streit zwischen „Prawda" und Medwedjew auch in diesem Punkt nicht um „links" und „rechts" handelt, sondern um die Form der Ausnutzung der internationalen Arbeiterbewegung im Interesse der russischen nationalen und kapitalistischen Politik.

Was den inneren politschen Kurs der Bolschewiki betrifft, so berührt Medwedjews Brief die innerorganisatorischen Zustände in der Partei und verlangt die Zulassung von Fraktionen. An und für sich ist diese Forderung weder „links" noch „rechts". Um zu beweisen, daß die Forderung Medwedjews auf Zulassung der Fraktionen eine rechte Gefahr ist, behauptet „Prawda", daß das die Einführung der politischen Demokratie in Rußland bedeutet hätte. Mit der Verbreitung der „Sowjetverfassung für alle" und mit der Entwicklung der sogenannten „revolutionären Gesetzlichkeit" als Folge ihrer ökonomischen Politik bauen die Bolschewiki langsam aber sicher ihre Parteidiktatur ab; das zeigen mit besonderer Klarheit die Ergebnisse der letzten Wahlen. Das wichtigste jedoch ist, daß die Frage „links" oder „rechts" vom Standpunkt des Proletariats nicht nach den Regierungsformen – Diktatur oder Demokratie — gelöst wird, sondern vor allem nach dem sozialökonomischen Charakter der Politik. Vom Standpunkt des Proletariats ist es ganz gleichgültig ob eine diktatorisch regierende Partei oder eine demokratische Regierung, ob die Bolschewistische Partei oder die Bourgeoisie selbst der Träger der kapitalistischen Politik in Rußland ist. Trotz der augenscheinlichen Unsinnigkeit der Konstruktion „links" und „rechts" in der Polemik der „Prawda" gegen Medwedjew, ist das Notwendigkeit für die Führung der Bolschewistischen Partei. Die „Rote Fahne", die den Artikel unter dem unsinnigen Titel „Ultralinker Menschewismus" wie die „Prawda", haben ihre besonderen Erwägungen; die „Rote Fahne" will an dem Beispiel Medwedjew dem linken KPD.-Arbeiter zeigen, daß ihre Opposition auch eine rechte Gefahr in sich verbirgt, oder wie „Prawda" schreibt: „Die Bedeutung des Medwedjewschen Briefes ist in der Hinsicht außerordentlich lehrreich, daß er mit unerhörter Kraft und Anschaulichkeit die Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der antibolschewistischen Abweichungen an sich aufdeckt." Und „Prawda"? Zu welchen Zwecken ist dieser Artikel geschrieben?

Der Brief Medwedjews wie die „Prawda" schreibt, „ist vom Jahre 1924 datiert. Er berührt unmittelbar Fragen und Diskussionen, die in unserer Partei während der damaligen Diskussion im September (1923 — Verf.) und nachher aufgeworfen wurden". Und doch findet es die „Prawda" gerade jetzt für angebracht, sich mit dem Brief zu beschäftigen: „Im gegenwärtigen Moment" — schreibt die „Prawda" — „ist dieser Brief keineswegs überholt, ja er gewinnt politische Aktualität". Worin seine „politische Aktualität" besteht ist klar für jeden vorsichtigen Leser der auch das innere Leben der bolschewistischen Partei kennt.

Schon auf dem 14. Parteitag der Bolschewiki haben die von den Stalins Geschlagenen mit den verschiedenen früheren Oppositionellen zu liebäugeln angefangen; sie strebten nach einem Block mit diesen Gruppen zur Führung des Kampfes gegen die Stalins um die Führung der Partei. In diesem Block wollten Sinowjew und Kamenjew die Truppen von Trotzki und Schlapnikoff heranziehen; das letzte Plenum des bolschewistischen ZK. im April d. J. bestätigte, daß die Annäherung zwischen diesen Gruppen fortgeschritten ist. Der Artikel „die rechte Gefahr in unserer Partei" läßt keinen Zweifel darüber, daß dieser Block schon eine Tatsache ist. Um ihn zu zerstören, versucht die „Prawda" die Schlapnikoff-Gruppe als „rechte" zu kompromittieren.

„Wir wissen wohl — schreibt Prawda — „das es Liebhaber von Fraktions- und Gruppierungsfreiheit gibt, **die jetzt mit „der Gruppierung" Schlapnikoff-Medwedjew stark liebäugeln** . . . . Die gesamte Partei wird natürlich auch die **Hehler, Verbündete** und **Schirmer** der Menschewistischen Tendenzen innerhalb der Lininistischen Partei zurückweisen".

Die „Hehler", die „Verbündeten" und die „Schirmer" der Schlapnikoffgruppe — das sind Sinowjew und Kamenjew. Deshalb ist der Artikel, trotzdem er sichtbar sich mit Schlapnikoff-Medwedjew beschäftigt, gegen Sinowjew und Kamenjew gerichtet, und ist eine Fortsetzung des Kampfes um die Führung der Partei zwischen Sinowjew und Stalin. Prawda zielt also auf Schlapnikoff-Medwedjew und trifft Sinowjew-Kamenjew.

Arbeiterklasse und Alkohol

Gesegnet soll der Trunk uns sein,
Das Wasser euch und mir der Wein.

In Frankfurt a. M. ist dieser schöne Vers zu lesen unter einer Statue, die einen unvorschriftsmäßig lachenden, allzu seligen Zeitgenossen darstellt. Trotzdem paßt dieser scherzhaft gemeinte Spruch auf die Dinge, die wir hier besprechen wollen. Die Vereinigten Staaten sind „trocken gelegt". Trotzdem ist drüben noch genügend guter „Stoff" zu haben — wie einige Zeitgenossen, die es wissen müssen, berichten — aber natürlich für schweres Geld. Und so sehen wir auch in dieser einen Frage deutlich den Klassencharakter des kapitalistischen Staates. Die Prohibition ist kein Weg der Menschenliebe der Yankees, sondern eine Produktionsnotwendigkeit. Trotzdem Auswahl in den Arbeitskräften vorhanden ist, so ist doch der Profit höher wenn möglichst wenig Fluktuation in der Arbeiterschaft herrscht, d. h. möglichst dieselben Arbeiter am selben Platze arbeiten. Es ist klar, daß ein nüchterner Arbeiter mehr leistet, als einer, der auch nur nach Feierabend dem Alkohol reichlich zuspricht. Wir sehen also, daß nur der heilige Profit die Ursache für diese sog. Menschheitstat ist.

Auch dem deutschen Arbeiter will man seinen Sorgenbrecher nehmen. Die Bemühungen sind allerdings noch im Anfangsstadium. Die Arbeiter-Abstinenten spielen natürlich mit. Kampf gegen den Alkohol! Erziehung zum nüchternen Klassenkämpfer! sind ihre Parolen. — Die deutsche Industrie ist gezwungen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, amerikanisches Tempo anzunehmen. — Und so wird es wohl nicht ausbleiben, daß maßgebende Industriekreise ein Interesse an der Trockenlegung Deutschlands haben. Kino, Radio und Zeitung sind für Geld zu haben — das hat die Reichsgesundheitswoche wieder einmal bewiesen. — Vor der RGW. gegen die Trockenlegung und während der RGW. gegen den Alkohol. Alle Abstinenten, auch die Arbeiter-Abstinenten, arbeiten unbewußt mit.

Die Arbeiter-Abstinenten lobten 1914 die kommandierenden Generäle über den grünen Klee, weil sie den freien Ausschank von Alkohol etwas beschränkten. Sie sahen aber nicht, daß dieselben Generäle den Frontsoldaten soviel Alkohol zuführten, um ein genügend williges Werkzeug zum Massenmord in der Hand zu haben. Das Organ „Der Abstinente Arbeiter" liefert hierfür eine Fülle von Material.

Es mauchte die Abstinenten und Reformisten vom reinsten Schlage ja nicht zu sehen, daß es auf das verfolgte Ziel ankommt. Denn wenn mein Todfeind etwas tut, was in einer Linie liegt, so gewiß nur um seinen Zweck zu dienen und leicht habe keine Ursache, dies zu begrüßen, weil er im nächsten Augenblick das Gegenteil tun kann und muß.

Diese Dialektik der Dinge ist ja den Sozialdemokraten aller Schattierungen stets ein Buch mit sieben Siegeln gewesen. Genau so steht die Frage der Trockenlegung. Um ein besseres Ausbeutungsobjekt zu haben, deshalb verlangt der Kapitalismus die Trockenlegung. Und wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Der Brotmarkensozialismus war nur für den Proleten da. Die Bourgeoisie aufwärts vom Kleinbürger hatte Geld und Beziehungen genug, um nicht unter diesen Sozialismus zu geraten. Und wieder wird es bei der Trockenlegung so sein. Der Bourgeois säuft genau so viel wie früher — oder noch etwas mehr — und der Arbeiter lebt gezwungenermaßen abstinent oder für ihn sind Brennspirit und Metylalkohol Ersatzmittel wie einst Steckrübenmarmelade seligen Angedenkens Margarinemersatz war.

Daß das deutsche Alkoholkapital kein Interesse an der Trockenlegung Deutschlands hat, ist selbstverständlich. Alle Mittel der Propaganda müssen herhalten, um den Profit dieser Gruppe zu sichern. — Aber trotz alledem hat das revolutionäre Proletariat ein lebhaftes Interesse an der Beseitigung des Alkoholismus Mit betrunkenen Genossen läßt sich kein Klassenkampf führen.

Zur Lösung der Alkoholfrage berufen ist nur die proletarische Diktatur. Eine ihrer vornehmsten Aufgaben ist die Hebung der Volksgesundheit. Sie kann alle diese Fragen lösen, weil sie alle Dinge an der Wurzel angreifen kann, weil sie nichts aus Profitinteresse unternimmt.

Einige Zahlen mögen uns die soziale Bedeutung der Alkoholfrage zeigen. 1908 betrug der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland 111 Liter Bier, 1905 waren beschäftigt in Deutschland:

568 000 Mann in Berg- und Hüttenwesen,
645 000 Mann im Verkehr,
993 000 Mann im Handel,
1 800 000 Mann in Herstell. u. Vertrieb v. alkohol. Getränken.

In diesen Zahlen drückt sich schon eine ungeheure Verschiebung von Arbeitskraft aus, hinzu kommen die Ausgaben für Kranken- und Siechenhäuser, sowie Irrenanstalten, soweit sie auf das Konto Alkohol kommen. Diese Ausgaben sind natürlich statistisch schlecht zu fassen.

In demselben Maße wie die proletarische Diktatur in der Lage ist, das Elend aus der Welt zu schaffen, wird sie auch imstande sein, den Alkohol zu beseitigen. — Genau so wie beim Alkohol, liegen die Dinge beim Nikotin. Mancher, der uns bis hierher recht gibt, wird kommen die Ausgaben für Spargel lasse ich mir nicht nehmen; und doch wird der Kommunismus idealere Lebensgenüsse in Fülle kennen, so daß keiner sich zurücksehnt nach einer vollgequälmten Gaststube bei Quast Nacht.

Die „Arbeitslosen-Versicherung"

(Schluß von Seite 1.)

2455), in dem von „Maßnahmen in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft" die Rede ist. Weiter sind die Erhebungen für die Arbeitslosen-Versicherung im vollen Gang.

•

Die Arbeitslosenversicherung steht mit der produktiven Arbeitsbeschaffung „in organischem Zusammenhang". Das ist das Programm der Bourgeoisie, mit dem sie die Dinge im Herbst und im Winter meistern will. Der Hungertod spielt auf: der Reigen kann beginnen. Und sie beginnen sich zu regen, die Parlaments- und Gewerkschaftskämpen rüsten zu neuem Streite. Wollen die Erwerbslosen wieder die Rolle des Statisten übernehmen?

Die Krise verschärft sich, die Erwerbslosigkeit wächst, die Bourgeoisie geht weiter zum Angriff über. Die gewerkschaftlich-reformistischen „Kampf"methoden sind unmöglich. Es gibt kein Entrinnen: Reformismus oder Revolution, so lautet die Alternative für jeden Erwerbslosen und Arbeiter. Herr Cohen-Reuß hat recht: das Arbeitslosenproblem ist durch eine „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit" nicht zu lösen. Aber auch nicht durch „produktive Arbeitsbeschaffung". Für eine niedergehende Wirtschaft sind sie in erheblichem Umfang auch eine unmögliche Belastung.

Die Krise des Kapitalismus kann nicht durch demokratische Roßtäuschertricks beseitigt werden. Auf der Tagesordnung steht: Komunismus oder Untergang. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Die Erwerbslosen müssen den Willen aufbringen, die einzig mögliche Lösung durchzuführen: die proletarische Revolution. Und wenn sie diesen Willen haben, dann müssen sie sich die Kampforgane, die revolutionären Räte schaffen und in einer Front von Nachweis zu Nachweis mit den Betrieben die einige Front des revolutionären Angriffs zu bilden. Die Die KAP. und AAU. werden dann an der Spitze dieser Bewegung stehen. Solange sie jedoch von Erwerbslosenkonferenzen und Bittdelegationen zu Regierung und ADGB. etwas erwarten, solange versinken sie von Stufe zu Stufe in der kapitalistischen Barbarei.

Politische Rundschau

Die Krise in Frankreich

Und die sozialdemokratischen „Retter".

Die neueste Regierung Herriot's ist schon wieder in der Versenkung verschwunden, da das französische Kapital gar nicht daran denkt, es auf ein Spiel mit „Vermögensabgabe" und ähnlichen kleinbürgerlichen Utopien ankommen zu lassen. So stand das Kabinett ohne irgend einen Gedanken mitten im Sturm der Inflation und fand keinen Stützpunkt.

Interessant ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur französischen Krise. Die deutsche Sozialdemokratie „begrüßte" den englischen Streik um durch Streikbruch die Lage der Bergarbeiter zu „bessern". Sie wartet auf die französische Stabilisierung, um die Inflationskonkurrenz von dem deutschen Kapital fernzuhalten, und tobt gegen die französischen Sozialdemokraten, die der Regierung die diktatorischen Vollmachten versagten, weil sie wußten, daß das französische Kapital es in der Hand hat, jede „Vollmacht" so zu sabotieren, daß sie der Löcherlichkeit verfallen, wenn das Kapital nicht selbst dahinter steht. Die französische Sozialdemokratie wollte dieser Blamage entgehen, und wartet auf die Stabilisierung durch das Kapital. Dann wird sie rasch ihre demokratischen Phrasen über Bord werfen, und das Land „retten". Das ärgert die deutschen Sozialpatrioten. Der „Vorwärts" vom 22. Juli reitet folgende Attacke gegen die Brüder jenseits des Rheins:

„Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Eine Verfassung wird nicht für außergewöhnlich, sondern für normale Zeiten ausgearbeitet. Es muß dem Parlament als Vertreter der Volkssouveränität die Möglichkeit gegeben werden, sich außergewöhnlichen Zuständen anzupassen und in einem bestimmten Fall eine Abweichung von den starren Vorschriften der Verfassung selbst zu beschließen. Diese Möglichkeit hat die Weimarer Verfassung ausdrücklich vorgesehen, die nicht nur in diesem Punkt erheblich besser ist als die von reaktionärem Geist inspirierte und überhaupt stark veraltete französische Verfassung von 1875. Bei uns kennt man den Unterschied zwischen Verfassungsänderung und Verfassungsverletzung. In Frankreich dagegen ist die Möglichkeit zu einer Verfassungsänderung nicht ausdrücklich vorgesehen und deshalb neigt man drüben dazu, jede Verfassungsänderung, auch wenn sie von der Mehrheit des Parlaments beschlossen werden sollte, für Verfassungsbruch zu erklären. Es mag ruhig zugegeben werden, daß man in den letzten Jahren bei uns in Deutschland von der Möglichkeit der Verfassungsänderungen einen vielleicht allzu freigebigen Gebrauch gemacht hat. Aber es scheint, daß man auf französischer Seite gar zu sehr den entgegengesetzten Fehler begeht, indem man die Verfassung von 1875, die wahrhaftig verbesserungsbedürftig wäre, für tabu zu erklären, auch wenn eine Aenderung im Interesse des Volksganzen dringend geboten erscheint.

Und so sehr wir es bedauern, der Auffassung unserer französischen Genossen entgegentreten zu müssen, so fühlen wir uns verpflichtet, hier zu erklären, daß in diesem Falle Briand und Caillaux sachlich im Rechte waren, als sie erklärten, der parlamentarische Mechanismus sei zu kompliziert, um in der Uebergangszeit der Stabilisierung die notwendigen Steuerbestimmungen, insbesondere die Festsetzung der auszuhebenden Steuersätze auf die übliche Art zu beraten und zu beschließen.

Schließlich haben wir deutschen Sozialdemokraten auf dem Gebiete der Inflation und der Stabilisierung leider einige Erfahrung. Und da können wir nur aus innerster Ueberzeugung unseren französischen Genossen zurufen: Ohne Regierungsvollmachten läßt sich eine so fortgeschrittene Inflation nicht überwinden. Niemals wäre es in Deutschland gelungen, die Rentenmark zu stabilisieren, wenn nicht der deutsche Reichstag mit dem sozialdemokratischen Stimmen im Herbst 1923 die Ermächtigungsgesetze angenommen hätte. Daß diese Gesetze zu anderen Dingen als den unbedingt notwendigen finanzpolitischen Maßnahmen mißbraucht worden sind, ist eine andere Frage (Diese Butschen! R. d. KAZ.) — aber heute können wir mit ruhigem Gewissen sagen, daß die Ermächtigungsgesetze die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Chaos gerettet haben."

Kein vernünftiger Mensch wird der deutschen Sozialdemokratie das Verdienst schmälern wollen, das Kapital bei jeder Gelegenheit gerettet zu haben. In dieses Rettungswerk paßt auch der Versuch, die Stabilisierung in Frankreich zu beschleunigen, um der „geretteten" deutschen Kapitalwirtschaft wieder etwas Luft zu verschaffen. Der Jammer ist eben der, daß die Helden der 2. Internationale jeder für „sein" Kapital verpflichtet ist, und warten, bis das Kapital selbst „gerettet" sein will.

Die „Rettung" in Belgien

TU. Brüssel, 20. Juli. „Die belgische Regierung kündigt Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 1000 bis 3000 Franken an für die Verfasser von Presseartikeln, die geeignet sind, den Kredit des Landes zu beeinträchtigen. Die Getreideausfuhr ist verboten worden. Für die Ausfuhr von Brennstoffen müssen Ausfuhrscheine beigebracht werden. Die Regierung erwägt ferner die Einführung eines Ausländeraufschlages von fünf Prozent für alle von Ausländern gekauften Waren."

Es ist selbstverständlich, daß diese Diktatur, nach der auch der „Vorwärts" für Frankreich ruft, lediglich gegen das murrende Proletariat gerichtet ist. Und es ist nicht uninteressant, in einer sozialdemokratischen Zeitung, dem Stettiner „Volksboten" zu lesen:

„Was gegenwärtig in Belgien vorgeht, ist geeignet, die letzten demokratischen Illusionen zu verscheuchen. Erleben wir doch dort den noch vor kurzem für unmöglich geltenden Fall, daß eine im Parlament nur über einen mäßigen Einfluß verfügende, aber auf die Macht des Finanzkapitals gestützte Partei es fertig gebracht hat, eine von einer breiten Parlamentsmehrheit getragene Regierung zum Rücktritt zu zwingen und sich selbst zur führenden Regierungspartei zu erheben. Dabei spielte sich alles — wenigstens äußerlich gesehen — im Rahmen der Verfassung ab. Kein einziger Schuß begleitete den großen Szenenwechsel, keiner der früheren Minister wurde verhaftet, und selbst das Parlament wurde nicht einmal nach Hause geschickt. Es tagt genau wie früher, aber auf den Ministerbänken sitzen nicht mehr allein Sozialdemokraten und Katholiken, die seit den im April 1925 stattgefundenen Wahlen das Regierungssteuer führten, sondern auch Vertreter jener Partei, die das bisherige rot-schwarze Regierungsbündnis mit Wut und Verbissenheit bekämpfte, aber zu allem Ueberfluß war, um im Parlament der verhaßten demokratischen Regierung Schwierigkeiten zu machen, demokratischen Vertretern sitzen nicht nur einige sondern. Und diese Minderheitsvertreter sitzen nicht nur da, sondern sie sind auch die eigentlichen Regierer. Sie machten den das große Steuerbündel zurecht, das das Parlament, ohne auch nur Zeit zur Durchsicht, geschweige denn zur Prüfung zu finden, in wenigen Stunden schlucken mußte, und das nun auf Jahre hinaus wie ein Bleigewicht die Massen des Volkes bedrücken wird. Sie schreiben vor, was von der Regierung ausgegeben oder nicht ausgegeben werden darf, und sie spielen die Pfeife, nach der das ganze Parlament tanzen muß."

Der Artikelschreiber schließt:

„Damit ist ein schöner Traum endgültig zu Ende geträumt. Nicht nur für die belgischen Sozialisten, sondern auch für alle anderen. Denn darüber kann doch kein Zweifel aufkommen, daß sich in jedem Lande, wo sich morgen die Parlamentsmehrheit anschicken sollte, auf Grund einer parlamentarischen Mehrheit die Regierungsmacht zu übernehmen und im Interesse des Proletariats auch zu verwenden, hier der nahe Sieg einer Partei, die mit Gewalt ausgestattet und ihre parlamentarische Macht ebenso rasch in Ohnmacht gewandelt werden wird, wie jetzt in Belgien."

Das Proletariat darf sich natürlich nicht der ebenso verderblichen Illusion hingeben, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jemals die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen werden. Der „Radikalismus" der „linken" Sozialdemokratie und der KPD. ist nur die Leimrute, um den Arbeitermassen den Glauben zu suggerieren, daß diese Organisationen diese Erkenntnis in die Tat umsetzen könnten. Diese Tat muß die Tat des Proletariats selbst sein, die KAP. und AAU. sind das Resultat dieser revolutionären Erkenntnis.

Felix Dzerzinski †

Aus Moskau wird gemeldet, daß einer von der alten Garde der Bolschewiki Dzerzinski gestorben ist. Er war der Begründer und Vorsitzende der „Wse Tsche Ka", und nachdem dieselbe durch den neuen Kurs ziemlich überflüssig geworden ist, und der kapitalistische Aufbau in Rußland entschieden war, Volkskommissar für das Verkehrswesen. Seit 1924 gehörte er dem obersten Volkswirtschaftsrat an. Das revolutionäre Proletariat verliert ihn nicht durch den Tod, sondern verlor die Führer der russischen Revolution am Tage der Entscheidung darüber, auf welche Klasse die Bolschewiki sich in Rußland stützen, die ihre fernere Politik bestimmt. Mag die russische Bauernklasse einen ihrer tüchtigsten Vertreter zu Grabe tragen — und mag die III. Internationale die Gelegenheit benutzen, die Proletarier immer wieder vom Wesen ihrer Politik abzulenken: das revolutionäre Proletariat steht diesem Tamtam mit denselben Gefühlen gegenüber, als wenn einer von den „großen" sozialdemokratischen Führern stirbt, mag er in früheren Jahren noch so lange im Zuchthaus gesessen haben.

Reichsbannertagung-Hannover

Ob Stahlhelm-, Frontkämpferbund- oder Reichsbannertagung — die Aufmachung ist die gleiche.

Reklame, Vorbereitungen, Girlanden, Fähnchen, Triumphbogen, Transparente, Empfang, Zapfenstreiche, Parademarsch, Panken und Trompeten, Abzeichen, Uniformen, glänzende Fahnen, Kommandoschnauztöne, Führer und Mannschaften, Ansprachen der „oberen Herrschaften", „Heil"-, „Frei-Heil"- und „Rot-Front"-Brüllen des „Pöbels", Spiel und Tanz, Abmarsch. — — — —

Der ganze Inhalt all dieser Veranstaltungen dreht sich um die äußere Form: Was kann den glänzenden Eindruck hinterlassen?

Die praktische Aufgabe ist bei allen grundsätzlich dieselbe. Alle stehen auf dem Boden der Privateigentumsordnung.

Durch den Wust von Klimbim und Tamtam soll die sich durch die Verhältnisse aufdrängende Selbst- und Klassenbewußtseinentwicklung erstickt und überschrien werden.

Wie banal und leer wirkten die Inschriften großer Transparente der Reichsbannertagung in Hannover:

„Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold". Der Kampf um die Farbe eines Fetzen Tuches ist der Popanz einer Millionenorganisation. Denn mehr wie ein Fetzen Tuch birgt die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Republik nicht. Kein Inhalt, kein großer, nicht mal bürgerlicher Gedanke, ideen- und wurzellos, der Inbegriff des verfaulenden, sterbenden, Blut, Grauen, Elend und entsetzerbringenden Kapitalismus — das ist die Fahne der deutschen Republik. Die Schuld an dieser Erbärmlichkeit liegt im Unglück der deutschen Republik, daß sie Ende ihrer Daseinsberechtigungsperiode geboren wurde. Darum auch die Unmöglichkeit des Versuches der Stahlhelm-, Reichsbanner- und Frontkämpferbund-Mitglieder, der Republik einen Inhalt zu geben. Wir stehen und versinken in der Todeskrisenperiode des Kapitalismus. Der Kommunismus ist der einzige Rettungshügel, auf dem sich alles konzentrieren und retten muß, um den Aufstieg zur Sonne des Lebens zu vollziehen.

Grinsender Hohn blickt aus dem Versuch, dem schwarz-rot-goldenen Lappen einen Inhalt beizuschmuggeln. Ein Transparent trug die Inschrift:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik; alle Gewalt geht vom Volke aus."

— — „Du eiserner Panzer des Kapitalismus, Schupo, Sipo, Reichswehr, Justiz, Zuchthaus Gesetze, Presse, Schule, Geld, Privateigentum, Hunger — — Du bist ein Nichts gegen die Parlamentarier!?" — — — —

Tatsächlich: der eiserne Panzer des Kapitalismus würde durchbohrt, gesprengt, auseinandergerissen, die verderbenbringende Privateigentumsordnung aufgehoben; die allen Menschen dienende planmäßige Gemeinwirtschaft durchgeführt und alle Gewalt vom „Volke" ausgehen", wenn — — — Reichsbanner, Stahlhelm, Frontkämpferbund und deren Parteien nicht existierten. Wenn die Proletarier ihren eigenen anstatt den Interessen der Bourgeoisie dienten. Wenn die Proletarier auf die Republik pfiffen. wenn die Proletarier ihre Klassengenossen durch die Parlamente dieser kapitalistischen Republik nicht zu Feinden des Kommunismus und zu Bürgern machen würden. Wenn die Proletarier sich zur Revolution für den Kommunismus auf der Plattform der Räteorganisation sammeln würden. — — —

Würdig der ganzen Reichsbannerveranstaltung war auch, daß als Festredner der deutsche Gallifet, der „Bluthund der deutschen Revolution", der Oberpräsident Noske, fungierte. Er bedauerte, daß sich die Reichsbannermitglieder 1919 nicht selbst noch besser niedergeschlagen hätten; daß ihm der Reichsbanner dazu nicht schon 1919 zur Verfügung stand.

Und die Armen im Geiste, die Muskoten des Reichsbanners brüllen hierzu „Frei Heil!"

Dieses armselige Knechtsvolk, das in Demut und Geduld erstirbt, in Ekstase gerät, wenn ein leibhaftiger Oberpräsident — immer noch — die gewesene Arbeiter — dreimal geheiligte Demokratie — sich herabläßt und zu ihnen spricht!

„Frei Heil, Noske!"

Warum nicht auch? Hat doch schon die KP., die „kommunistische" Partei und der RFB. den sehnlichsten Wunsch, Herrn Noske und seiner Partei die Hand drücken zu dürfen. Wie waren sie glücklich, daß die Thälman- und Noske-Partei in einem Maizuge spazieren gehen durften. Wieviel Bettelbriefe sind zur Nikolaistraße geschrieben: „Dürfen wir nicht zusammen während des „Volksentscheids" Propaganda machen und — — revolutionärer Parlamentarismus! — — — gemeinsamen Schleppendienst einrichten."

Und hatte nicht die NAZ. in großen Lettern die Noskeanhänger willkommen zu ihrem Gastrollen geheißen?

Waren nicht Abgeordnete der KPD. zusammen mit Herrn Noske im Auto zur Besichtigungsfahrt?

Heißt es nicht so schön:

„SPD. und KPD. ziehen heute an einem Strick — — —"

Finden wir sie in Gewerkschaften nicht so nett beisammen?

Wie würde die KPD. jubeln und von Wirkungen des Massendrucks schreiben, wenn z. B. Herr Noske den „Kongreß der Werktätigen" gnädigst sanktionieren würde.

Das „Frei Heil, Herr Noske!" durch die KPD. würde die Luft erzittern lassen.

Darum konnte und kann es bei den Reichsbannerleuten nicht anders sein als „Frei Heil, Noske".

Darum konnte und kann es nicht anders sein, als daß das Reichsbanner zusammen mit Stahlhelm in „Reichsehrenheim" macht.

Darum kann auch der Reichsbannerstratege Hörsing schreiben:

„. . . die Beschäftigung von ausländischen Landarbeitern, gleichgültig ob mit oder ohne Erlaubnis, ist ein Skandal ohnegleichen — um nicht Verbrechen zu sagen. Es ist ein glatter Verrat an der heutigen Nation . . ."

Hatte nicht auch die KPD. seit dem Ruhrkriege ein „Vaterland" zu verteidigen? . . . „Die Nation ist in Gefahr", „Der Weg Schlageters in ein Nichts", „Der passive Widerstand muß in einen aktiven umgewandelt werden", „Der Landesverräter Cuno kapituliert vor Poincaré", „Die Annahme des Dawesplanes bedeutet Landesverrat und Verschleuderung von Volksvermögen", „Revision des Versailler Vertrages". —

Diese Gesellschaft, Stahlhelm, Reichsbanner und Frontkämpferbund gehören zusammen. Der offizielle Zusammenschluß wird aber aus Rücklicht zur Mitgliedschaft noch nicht vollzogen. Dann wäre ja kein kleiner Knochen als Streitobjekt mehr vorhanden. Dann würden die Proletarier ihre große revolutionäre historische Aufgabe sehen und erfüllen.

††† Die „Führer" sind ja schon durch ihre parlamentarische Kollegenschaft verbunden.

Mögen aber schon die vergangenen Reichsbannertage in Hannover und der kommende Kriegervereinsrummel des RFB. in Hannover und Düsseldorf den Proletariern die Augen öffnen.

Viele Opfer und Enttäuschungen können gespart werden.

Früher oder später:

Der Weg der KAP. und AAU. muß beschritten werden.

„Heraus zum Fackelzug"

Der RFB. verteilt Handzettel folgenden Inhalts:

Heraus zum Massenaufmarsch der Roten Front
am 24. bis 25. Juli in Hannover
Gastrollen des Roten Frontkämpfer-Bundes
Sonabend, 24. Juli, abds. 9 Uhr: Fackelzug
vom Klagesmarkt nach der Schützenwiese.
Sönntag, den 25. Juli, mittags 1 Uhr: Kundgebung
auf dem Klagesmarkt, anschließend Demonstration
nach der Schützenwiese
Arbeiter! Demonstriert mit uns gegen monarchist. Reaktion!
Gegen den drohenden imperialistischen Krieg!
Für die Einheitsfront aller Werktätigen!
Roter Frontkämpferbund, Gau Niedersachsen.

Zu allem Klimbim kommt jetzt noch der Fackelzug zur Schützenwiese. So weit hat es der Reichsbannertag nicht einmal gebracht. Die Losungen: „. . . monarchistische Reaktion". — — „imperialistischer Krieg" können tatsächlich vom Reichsbanner noch überholt werden. Nicht einmal mehr die Rede von sozialer Reaktion. Nichts, aber auch rein nichts, was auf die Klassenlage des Proletariats Bezug nimmt. Der Rote Frontkämpferbund ist noch konterrevolutionärer geworden als die Hundertschaften unrühmlichen Angedenkens. Es dauert nicht mehr lange, bis es heißt;

Hinein in das Reichsbanner!

Ideologisch hat die KPD. die Mitgliedschaft schon fast so weit.

Wollen sich die Proletarier nicht bald aus diesem Banne lösen? —

Es ist höchste Zeit!

Verbot der „Roten Fahne"

Wolffbureau teilt mit: Die „Rote Fahne" ist wegen Abdrucks eines den Reichspräsidenten beleidigenden Gedichtes **auf vierzehn Tage verboten** worden. Die kommunistische Zeitschrift „Der Knüpel", aus der die „Rote Fahne" das Gedicht übernommen hatte, wurde **auf drei Monate verboten.**

Das Gedicht verglich Hindenburg mit einem Hund, die Verfassung als Hundeleine, „aus bestem Gummi, die noch keine Hundeseele geniert habe". Trotzdem nahm das preußische Innenministerium den Standpunkt ein, daß dies gar keine Herabwürdigung der republikanischen Staatsform wäre. Der Staatsgerichtshof entschied jedoch der obigen Sinne.

Das revolutionäre Proletariat gibt sich wirklich keinen Illusionen hin, über die Pressefreiheit dieser Republik. Es weiß, daß sie nur existiert, solange die zum Tod verurteilten überflüssig gewordenen Lohnsklaven, daß ihr Schicksal erwarten, und daß sie sofort aufhört, wenn die Massen den Ruf der revolutionären Presse aufnehmen, und gegen diese Ordnung, und gegen ihr Todesurteil aufstehen. Wäre die „Rote Fahne" aus diesem Grunde verboten, wäre es eine Ehre für sie. Aber das ist nicht der Fall. Sie ist verboten wegen einer formalen Beleidigung des Reichspräsidenten, der mit dem russischen Botschafter von Zeit zu Zeit sein Glas leert auf das Wohl beider Länder. Es

eins auf die Schnauze. — Es kann dies insofern nicht schaden, als man von Zeit zu Zeit Beweise liefern muß, daß die „Rote Fahne" ein furchtbar revolutionäre Zeitung ist, und sachliche Beweise sind dafür eben wirklich nicht mehr zu erbringen.

Sozialdemokratische Alltäglichkeiten

Sonntags ist der „Vorwärts" noch mehr auf das Unterhaltungsbedürfnis seiner Leser zugeschnitten, als sonst. So zwischen den Moritaten hunderterlei Gattung wird auch in schmutziger Wäsche gemacht; meistens mit früheren Obergenossen, die beim Kapital in eine besser bezahlte politische Stellung aufgerückt sind. In seiner Nummer 334 bringt der „Vorwärts" gleiche eine ganze Anzahl derartiger Neuigkeiten, von denen drei verdienen, weiterverbreitet zu werden.

Die erste betrifft den früheren italienischen Obergenossen Zanibohi. Das Mailänder Organ Mussolinis hatte behauptet, daß Z. sich von ausländischen sozialdemokratischen Parteien zur Bekämpfung des Faschismus 300 000 Lire beschafft und diese unterschlagen habe. Das war am 21. August 1924 gewesen, und war dem italienischen Parteivorstand bekannt. Als die Anschuldigungen gegen Z. immer mehr in die Oeffentlichkeit drangen, wurde er vom Parteivorstand am 11. Juli 1925 zur Rechtfertigung geladen, der Z. jedoch keine Folge leistete. Und da die Originalquittung vorlag und die Geldgeber es auch nicht streiten konnten, gestehen die italienischen Obersozialdemokraten und der „Vorwärts" es auch offen ein. Jetzt, im Juli 1926, nach zwei Jahren!

Weiter hat das faschistische Organ „Il Tevere" dem adligen italienischen Obergenossen Alceste De Ambris kürzlich vorgeworfen, daß er vom französischen Kapital resp. von der französischen Regierung bezahlt wurde. Der hohe Herr Sozialdemokrat windet sich im „Corriere degli Italiani" sehr schlänglich und dreht den Spieß folgendermaßen um: Es gerade Mussolini, der einen kühnen Sprung vom leidenschaftlichsten Naturalismus zum fanatischsten Interventionalismus in Verfolg eines geheimnisvollen Gespräches mit Filippo Naldi gemacht hat, das in Genf im September 1914 stattfand. Es ist Mussolini, der während des Krieges von Frankreich einen monatlichen Zuschuß für seine Zeitung erhalten hat, die im übrigen auf dem Gelde fundiert, das er für seine wunderbare Bekehrung in Genf bezogen hatte."

Als Herr Mussolini nach sozialdemokratischer Gott war, fanden es die früheren/sozialdemokratischen Ehrenmänner als ganz selbstverständlich, daß ihre parteigenössische Redakteure Geld nahmen, woher immer was zu haben war. Geld stinkt nicht. Man würde sich auch wohl heute noch hüten, es einzugestehen, wenn es sich verbrüderlichen liebe. Und wo man es eingesteht, sind die Dauner nicht mehr in der Partei. Bei den Wahlrekruten verfickt so was. Was mag da wohl noch alles verborgen sein? Wo mag wohl das Geld hinkommen, das die Herrschaften bei den Proletariern auf Sammellisten schnorren?

Wirtschaft

Passive Außenhandelsbilanz

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist im Juni zum ersten Mal in diesem Jahre wieder passiv. Trotz der gesteigerten Ausfuhr an Streikbruchgütern nach Englands und englischen Märkten. Der Einfuhrüberschuß im Juni beträgt insgesamt 35 Mill. RMk., im reinen Warenverkehr 33 Mill. RMk., während der Mai einen Einfuhrüberschuß von 24 Mill. RMk., der April von 56 Mill. RMk. aufwies.

Es betrug in 1000 RMk. nach Gegenwartswerten die

	Einfuhr Juni 1926	Einfuhr Mai 1926	Ausfuhr Juni 1926	Ausfuhr Mai 1926
Lebende Tiere	10 004	8 551	1 151	945
Lebensmittel und Getränke	292 892	282 176	27 036	25 532
Rohstoffe und halbfertige Waren	386 861	324 439	179 554	154 533
Fertige Waren	102 167	87 777	551 015	547 953
Reiner Warenverkehr	791 924	702 943	758 756	728 963
Gold und Silber [1])	4 018	3 766	1 823	1 909
Zusammen:	795,942	706 709	760,579	730 872

[1]) Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.

Es betrug in 1000 dz. die

	Einfuhr Juni 1926	Einfuhr Mai 1926	Ausfuhr Juni 1926	Ausfuhr Mai 1926
Lebende Tiere [1])	100	88	4	4
Lebensmittel und Getränke	7 437	7 175	1 598	1 230
Rohstoffe und halbfertige Waren	25 255	23 555	42 129	33 909
Fertige Waren [1])	940	849	5 829	5 642
Waren aller Art [1])	33 732	31 668	49 560	40 782

[1]) Ohne Pferde. [2]) Ohne Wasserfahrzeuge.
[3]) Reiner Warenverkehr.

Die reine Wareneinfuhr im Juli zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 89 Mill. RMk.; ein Beweis, daß die deutsche Industrie am eigenen Markt weiter verdrängt wird. An der Steigerung sind sämtliche Gruppen beteiligt. Die Rohstoffe und halbfertigen Waren weisen mit 62 Mill. RMk. die beträchtlichste Zunahme auf. Es ist dies ein Zeichen, daß sich das deutsche Kapital weiter eindeckt, um dem englischen Kapital während des Streiks die Märkte wegzuschnappen. Es folgen dann Fertigwaren mit 14 Mill. RMk. und Lebensmittel und Getränke mit 11 Mill. RMk. Diese Steigerung ist vor der Ernte stets zu beobachten. Auch die Ausfuhr weist eine Zunahme auf. Die reine Warenausfuhr ist um 30 Mill. RMk. gestiegen; daran ist die Rohstoffausfuhr, d. h. Kohlen und Hüttenprodukte an englische Kohlenverbraucher, mit 25 Mill. RMk. und die Fertigwarenausfuhr nur mit 3 Mill. RMk. beteiligt.

Zusammenbruchschronik.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat festgestellt, daß die Zwangsvollstreckungen am Amtsgericht Berlin-Mitte von ungefähr 190 000 im Jahre 1912 auf 270 000 im Jahre 1925, am Amtsgericht Charlottenburg von 43 000 auf 120 000, am Amtsgericht Berlin-Schöneberg von 56 000 auf 88 000 gestiegen sind.

Die Zwangsvollstreckungen betreffen fast ausschließlich den Mittelstand, der vom Großkapital umsetzwert enteignet und in das Proletariat verstoßen wird. — Die Großen fressen die Kleinen.

Die Wirtschaftskrise in Italien

Sinkende Aktienkurse — Steigende Konkursziffer.

Wenn man den einzelnen amtlichen Berichten aus Italien Glauben schenken würde, so befände sich die Wirtschaft dort seit der Herrschaft des Faschismus in aufsteigender Linie. Die Kämpfe der Arbeiter werden unterdrückt, Gewerkschaften und Sozialdemokratie helfen „Ruhe und Ordnung" erhalten, um die Gunst Mussolinis zu erwerben und Arbeitslosenziffern werden nicht veröffentlicht. Schließlich ist Italien Agrarstaat und vermag seine junge Industrie durch Schutzzölle und Subventionen zu schützen. Dann hat das amerikanische Autokapital die größte italienische Autofabrik, Fiat, „amerikanisiert", zu bedeutender Höhe gebracht und deren Export vervielfacht.

Wenn man den Dingen aber auf den Grund geht, so findet man sofort, daß die Wirtschaft in Italien wie in ganz Europa geradlinig abwärts geht. Die Aktienkurse bilden dafür einen vorzüglichen Maßstab, sofern man einen längeren Zeitraum zugrunde legt. Trotz aller Bemühungen des von den italienischen Großbanken gebildeten Stützungskonsortiums halten die großen Schwankungen auf dem Markte der Industriewerte an. Der infolge der Industriekrise eingetretene allgemeine Rückgang der Aktienkurse ist aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich:

Indexziffer der Aktiengruppen an den italienischen Börsen (1922 = 100)

	Kurs Mai 1925	Kurs Mai 1926
Bankaktien	148,09	127,39
Versicherungswerte	599,03	260,81
Montanaktien	163,24	134,96
Schwerindustrie	206,69	141,29
Mechanische Industrie	156,22	104,84
Automobilindustrie	208,81	187,97
Chemische Industrie	219,70	149,75
Textilindustrie	229,89	153,80
Elektrische Industrie	178,68	130,19
Hotelindustrie	274,78	191,88
Transportwerte	156,08	128,31
Allgemeiner Index	201,85	146,82

Man braucht sich aber auf die Aktienkurse nicht allein zu stützen. Viele andere Symptome deuten ebenfalls auf einen Rückgang der Produktion und auf eine Abschwächung der Kaufkraft. Aus der von den Zeitungen veröffentlichten Konkursstatistik geht hervor, daß die Durchschnittszahl der Konkurse, die letztes Jahr 602 monatlich betragen hatte, auf 640 monatlich gestiegen ist. Die Zahl der protestierten Wechsel in Mailand, Rom, Turin, Genua, Florenz und Neapel betrug im Januar 1925 — 12 853 im Werte von 26 Mill. Lire, im Januar d. J. aber 17 709 im Werte von 50 Mill. Lire. Die Indexziffer der Großhandelspreise ist seit dem 1. Januar d. J. von 658,88 auf 683,53 gestiegen. Aus der Statistik der Pfandleihanstalten geht hervor, daß im April 1925 — 1 429 000 Pfänder mit 251,2 Mill. Lire, im April 1926 — 1 591 000 Pfänder mit 310,9 Mill. Lire beliehen wurden.

Diese Ziffern beweisen untrüglich die Abwärtsbewegung der italienischen Wirtschaft, da sie alle Industrie und Gewerbezweige und alle Bevölkerungsschichten erfassen. Es ist dies auch selbstverständlich, da nicht ausgerechnet Italien in dem allgemeinen Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft eine Ausnahme machen kann.

Steigendes Defizit der italienischen Handelsbilanz.

Die „Agenzia di Roma" berichtet, daß das Defizit in der italienischen Handelsbilanz während der ersten fünf Monate von 4 435 526 805 Lire des Vorjahres auf 4 966 401 379 Lire gestiegen ist. In demselben Zeitraum wurde für 11 600 751 296 Lire Ware eingeführt, während die Ausfuhr nur 6 634 349 917 Lire betrug.

Wachsender Kolonialkapitalismus

Die jungen Kolonialkapitalismen, die schon mit modernen Maschinen ihre Laufbahn beginnen, haben noch mehr wie der Kapitalismus im allgemeinen die Tendenz, daß sie mehr produzieren als konsumieren, d. h. daß sie mehr Konkurrent als Warenabnehmer der alten kapitalistischen Staaten werden. Wir haben das des öfteren an Asien, Australien und Kanada ziffernmäßig nachgewiesen. Dieselbe Tendenz trifft aber auch auf Afrika zu.

Südafrika, d. h. Transvaal und der Oranjefreistaat wurden s. Zt. vom englischen Imperialismus in langwierigen blutigen Kriegen ihrer staatlichen Freiheit beraubt und durch ein langjähriges Henkerregiment unterdrückt, um dem englischen Kapitalismus einen Absatzmarkt zu sichern. Vom englischen Kapital ist auch alles getan, um Südafrika als Markt zu erhalten, d. h. seine wirtschaftliche Verselbständigung zu hemmen. Wohl steigt die Einfuhr, aber mehr noch die Ausfuhr. Brachte schon das Jahr 1925 mit einer Einfuhr von 66 200 130 Pfund Sterling gegen 61 203 825 Pfund Sterling, was noch etwa 5 Millionen Pfund Regierungseinfuhren kommen, eine recht beträchtliche Steigerung der Einfuhr, aber mehr noch der Ausfuhr, die mit 90 497 818 Pfund Sterling gegen 82 107 968 Pfund Sterling im Vorjahre einen nie dagewesenen Rekord erreichte, so zeigen die ersten Monate dieses Jahres mit einer Durchschnittseinfuhr von 6½ Millionen und einer Durchschnittsausfuhr von über 8 Millionen Pfund eine weitere recht beträchtliche Steigerung. Die „Wilden" haben also ihre aktive Handelsbilanz, die die europäischen Industriestaaten nicht mehr zuwege bringen.

Aus der Bewegung

Die Zersetzung in der AAUE.

Die Zersetzung in der AAUE. hat wieder eine neue „Richtung" geboren. Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. gibt ein eigenes Blättchen heraus und schreibt darin:

Die Reichs-Presse-Kommission der „Einheitsfront" hat es abgelehnt, unsere Artikel zur innerorganisatorischen Lage in der AAUE. und zur Kartellierungsfrage in der „Einheitsfront" zu bringen. Sie beruft sich dabei auf einen Beschluß der Pressevertreter-Konferenz vom 22. Juli 1923, der die Behandlung innerorganisatorischer Fragen nicht zuläßt. Zur Zeit dieser Beschlußfassung waren aber für die AAUE. andere Verhältnisse gegeben als heute, im Jahre 1926. Damals hatten wir die Möglichkeit, durch Publizierung unseres Standpunktes in anderen Organen zur Klärung innerhalb der AAUE. beizutragen. Heute aber bedeutet dieser Beschluß die Mundtotmachung einer Opposition und spricht jeder proletarischen Organisationsdemokratie Hohn. Wir müßten schweigen zu alledem, was jetzt in der AAUE. vorgeht — fänden wir keinen anderen Weg! Und wir können nicht schweigen zu dem, was jetzt getan und gespielt wird. —

So lösen wir nur unser Eigentumsverhältnis an der „Einheitsfront" und werden von nun an die „Betriebsorganisation" vierzehntäglich 6-Seitig als eigenes Organ herausbringen."

Ueber die Reichskonferenz der AAUE. heißt es dann:

„Der Bericht der „Einheitsfront" über die letzte R.-K. der AAUE. ist dazu angetan, den Genossen Glauben zu machen, daß alles glatt verlaufen, daß in allen Fragen Einstimmigkeit erzielt worden sei. Dies trifft in keiner Weise zu.

Die Wirtschaftsbezirke Jena, Schlesien, Mittel-Deutschland, ein Teil von Ostsachsen, Bohnsdorf und Frankfurt am Main übten scharfe Kritik an der Tätigkeit der Reichsinformationsstelle, insbesondere wegen deren Verhalten bei der Kartellierungsfrage".

denn, so heißt es weiter:

„die geringste Konzession an den Reformismus birgt die Gefahr innerer Versumpfung und Zermürbung". Die Kartellierung mit den Industrieverbänden ist eine Konzession an den Reformismus, denn die Organisation ist reformistisch eingestellt, kämpft für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hoffentlich ist die Mitgliedschaft besserer Einsicht als ihre Delegierten und wird den Anschluß nicht bestätigen.

Geschieht dies dennoch, so sind wir gewiß, daß die Bohnsdorfer Genossen fernerhin ihre Pflicht als Revolutionäre im Sinne der Richtlinien erfüllen. Die Ernüchterung wird folgen, eine spätere Reichskonferenz anders entscheiden".

Weiter geht aus diesem Blättchen hervor, daß diese Konferenz den Ausschluß der Gruppe Bohnsdorf bestätigte, und zwar mit 6 gegen 3 Stimmen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch der „Rist" das „Vertrauen" ausgesprochen. Plempert erteilte den 16 (?) Parlamentariern die Konzession, ihr Reichstagsmandat zu behalten (wie lange noch?), um Agitationsfahrten machen zu können, für alle, dem Kartell angeschlossenen Organisationen. „Selbstverständlich sei auch — erklärte Pf. weiter — daß das Kartell eine Tageszeitung gebrauche." — Wir sind gespannt, wie diese aussehen wird, wo doch so viele Meinungen vorhanden sind, wie Organisationen, außerdem das Kartell als solches noch eine extra „Meinung" hat.

Das einzige, was man von der AAUE. noch erwarten kann, ist, daß sie den Gedanken der Union schädigt und diskreditiert, und sei es auch nur durch ihre eigene Zersetzung, die bewirkt, daß sie vorübergehend in unzählige Richtungen zerfällt, die alle selbst die blödsinnigste Theorie der Vereinung jeder Organisation der Union anhängen. Aber wir müssen auch das ertragen in dem Bewußtsein, daß dieser Prozeß sich fortsetzen und beschleunigen wird, erst recht, nachdem das „Spartakusprogramm" selbst der AAUE. jede Existenzberechtigung abspricht.

Neues aus der „Essener Richtung".

Der GHA. hat in Anbetracht der Notwendigkeit der Geschlossenheit der revolutionären Bewegung nichts unversucht gelassen, durch eine sachliche Korrespondenz die Genossen in anderen Lagern zu überzeugen, daß ihr Platz in der KAPD. ist. Nicht ohne Erfolg. Ein großer Teil der Genossen, der sich früher trennte, kämpft wieder mit uns zusammen.

So wandte er sich auch an die Gruppe in Essen. Von dort erhielt er von dem HA. eine Antwort in der es heißt:

„Wir haben in letzter Zeit Schreiben Eurerseits erhalten und haben im Auftrag der Gesamtorganisation zu antworten:

Wenn Ihr der Meinung seid, daß die ehemaligen Trennungspunkte — Dettmanns Elargissementstheorie und die Frage der 4. Internationale in den Reihen der Essener Richtung zu anderen Entscheidungen gereift sind, so irrt Ihr Euch gewaltig."

Wir möchten dazu feststellen, daß uns dies etwas ganz Neues ist. Von den Fabrikanten dieser Theorie existiert faktisch keiner mehr. Dettmann selbst hat sein Kuckucksei ausgebrütet und sich wieder in seine kleinbürgerlichen Gemächer zurückgezogen. Schröder hält bei der Sozialdemokratie Karte ab. Im übrigen hat bis jetzt — außer Dettmann — noch niemand diesen Blödsinn der Einzelmenschtheorie ernst genommen, noch niemand verteidigt. Wir waren daher tatsächlich im Irrtum, indem wir glaubten, daß dieses Unfug, der von seinem Schöpfer nicht ernst genommen wurde, ein Arbeiter erst recht nicht ernst nehmen kann. — Da dies jetzt ganz offiziell zum Programm erhoben wird, richten wir an die vernünftigen Genossen des ER. die Frage, ob sie glauben, es im Interesse der Revolution verantworten zu können, sich länger an eine „Theorie" spannen zu lassen, die mit dem Marxismus ungefähr so viel zu tun hat, wie das Geschnatter von Gänsen mit der Revolution.

Mitteilungen

Groß-Berlin

In der Woche vom 25.—31. Juli finden über Berlin

Oeffentliche Diskussions-Abende

in nachstehenden Lokalen statt. Neukölln, Mittwoch, den 28. Juli, abends ½8 Uhr, Idealpassage, Weichselstraße 8; Lichtenberg, Freitag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße 20; Charlottenburg, Freitag, den 30. Juli, abends ½8 Uhr, Lokal Trenkler, Schilerstraße 45; Wedding, Freitag, den 30. Juli, abends ½8 Uhr.

Thema: Die Ursachen der Krise in der KPD. Was will die Opposition?

Sympathisierende und KAZ.-Leser sind eingeladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Gruppe Neukölln: Am Donnerstag, den 29. 7. 26, abends pünktlich ½8 Uhr,

Oeffentlicher Gruppenabend

im Lokal Schwarzkopf, Fontanestraße 26.

Thema: Bund Roter Matrosen und die KAJ.

Oeffentliche Versammlung.

der Komm. Arb.-Jugend am Mittwoch, den 4. August 1926, abends 7½ Uhr, in der Schulaula Guerickestraße 32, Charlottenburg: „Krieg dem imperialistischen Kriege!" Es lebe der Befreiungskrieg des Proletariats!

Komm. Arb.-Jugend.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isedonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Bestell-Zettel X

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 59

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen

Juli 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Moskaus doppelte Buchführung

Wir haben schon in der vorigen Nummer der „KAZ." (Nr. 58) den Hintergrund der Kampagne auseinandergesetzt, die in der „Roten Fahne" in den Artikeln: Ultralinker Menschewismus" ihren Ausdruck fand, und nachgewiesen, daß es sich hier um einen Kampf Stalins gegen Sinowjew handelt. Die Polemik in diesen Artikeln richtete sich scheinbar gegen Medwedjew-Schlapnikoff, jedoch war der Versuch, diese beiden gegeneinander auszuspielen, und letzteren zu veranlassen, sich gegen Medwedjew zu erklären, offensichtlich. In diesem Artikel, den die Prawda zuerst brachte, heißt es unter anderem:

„Wir wissen wohl, daß es Liebhaber von Fraktions- und Gruppierungsfreiheit gibt, die jetzt mit der Gruppierung Schlapnikoff — Medwedjew stark liebäugeln... Die gesamte Partei wird natürlich auch die Hehler, Verbündete und Schirmer der menschewistischen Tendenzen innerhalb der leninistischen Partei zurückweisen."

Wir haben nachgewiesen, daß es sich im Grunde um einen Kampf Stalin—Sinowjew handelt, und der Angriff dem „Hehler" Sinowjew galt.

Lenin, Sinowjew, Trotzki, dieses Dreigestirn hatte in den Augen der Rußland-Gläubigen den Schein der absoluten Unfehlbarkeit. Nach dem Tode Lenins war Sinowjew der einzige der alten Garde, dessen Name unter keinem Aufruf fehlte. Sinowjew stellte noch lange, nachdem Trotzki bereits in Ungnade gefallen war, eine unangezweifelte Autorität dar. Er war es, der sich scheinbar den Beschlüssen des 14. Parteitages der KPR. fügte, und die „Menschewisten" vom Schlage Ruth Fischer, Korsch usw. erledigte. Unter dem Vorsitz Sinowjews kam der „Ekkibrief" zustande. Er schleuderte höchst eigenhändig den Bannfluch gegen Ruth Fischer. Sinowjew schloß sich in einer separaten Erklärung dem Präsidium des „Ekki" und des Zentralkomitees der KPR. an, die in einem Briefe erklären ließen, daß eine Diskussion zur russischen Frage „unerwünscht" sei. Sinowjew leitete die Hetze gegen alle linken Elemente, und verurteilte deren „parteischädigende" Fraktionstätigkeit und ihre „doppelte Buchführung". — Und dieser selbe Sinowjew wird von seinem Posten als Mitglied des Pol. Büros des ZK. abberufen, weil das Urteil der Anklage lautet: Gründung von illegalen Organisationen zur Vorbereitung der Spaltung der KPR., und darüber hinaus der III. Internationale.

Dieses Beispiel ist charakteristisch für die Jesuitenmoral der russischen Führer. Während sie selbst jeden als „Agenten Chamberlains" verurteilten, der sich erlaubt, eine eigene Meinung zu haben, und mit dem Schlagwort: „Bolschewisierung" jeden kritischen Gedanken zu ersticken suchen, haben sie keine Bedenken, mit den von ihnen selbst verurteilten und vor den Augen der blindgläubigen Proleten gebrandmarkten „unzuverlässigsten und schwankendsten Elementen" eine Fraktionsarbeit zu entfalten, deren Zweck und Ziel vor den Augen der Arbeiter verschleiert bleibt. Die Fraktionstätigkeit und die „doppelte Buchführung" sind also verboten — wenn es sich um Klärung von Problemen des proletarischen Klassenkampfes handelt. Sie sind erlaubt, wenn es sich um einen Kliquenkampf der großen Führer handelt. Die jeweilig siegreiche Gruppe setzt dann den Arbeitern das Urteil vor mit höchst eigenhändiger „Begründung" und ruft zum tausendsten Male nach „Einheit". Einheit für was? Einheit, warum? Wo sind die Differenzen? Um welche Fragen handelt es sich? Wäre der Geschlagene zufällig Sieger geblieben, würde er „verurteilen", „begründen", und zur „bolschewistischen Einheit" aufrufen, — für sich. Diese „Einheit" ist die Einheit des Heloten mit dem unfehlbaren Führer an der Spitze. Ist die Einheit der katholischen Kirche. Der brausende Beifall, die Verherrlichung und Verhimmelung, das Hosianna, das Sinowjew jahrelang umbrandete, wird jetzt befehlsmäßig umschlagen müssen in das „kreuziget ihn!". Die Zentrale der KPD. allen voran gibt in einem Telegramm an Moskau gleich ein Beispiel, wie leicht das ist. Sie wissen: hier gibt es kein langes Zaudern, wir wollen nicht fliegen — und deswegen müssen wir gehorchen. Sie werden so lange gehorchen, so lange es etwas zu gehorchen gibt. —

Richtig ist, daß der Bestand der III. Internationale davon abhängt, ob es auf die Dauer gelingt, eine wirkliche Debatte über den russischen „Wirtschaftsaufbau" zu unterbinden. In dem Moment, wo unter den Sektionen der III. Internationale die Frage Rußland auf die Tagesordnung gestellt würde, wäre die III. nternationale erledigt. Sie mag noch durch hundert Arbeiterdelegationen den russischen „Arbeiterstaat" verherrlichen lassen; Tatsache ist, daß die Arbeiter in Rußland das Los der Proletarier der ganzen Welt teilen. Die Arbeiter leiden unter unzulänglichen Löhnen, die Arbeiter leiden unter der ungeheueren Erwerbslosigkeit, der Wohnungsnot, der Unsicherheit ihrer Existenz. Wenn am Tage nach der proletarischen Revolution das Proletariat das letzte Brot untereinander teilt, wenn es erst den Bankrott des Kapitalismus überwinden muß, wird das klassenbewußte Proletariat auch im Hungern vorangehen. Aber nur, wenn es für sich und seine Zukunft hungert. Wenn aber das Elend und die Arbeitslosigkeit des Proletariats die Quelle ist, wie in Rußland, aus der die Bauern ihren Mehrwert und ihre Bereicherung schöpfen, wenn also das Proletariat mit dem „Aufbau" zugleich die Bedingungen seiner eigenen Unterdrückung und deren Verschärfung reproduziert, so ist damit eben die Frage entschieden, ob Kapitalismus oder Kommunismus.

Aus dieser Entwicklung wächst auch der Zwang, die wahren Tatsachen zu verschleiern. Die Konsequenz der Entwicklung jedoch läßt in den Köpfen der Träger dieser Politik Befürchtungen wiederspiegeln über das Tempo, und die Mittel der Verschleierung. Da die Bolschewiki das Gesamtproblem nicht zur Debatte stellen dürfen, ohne sich selbst aufzugeben, müssen sie mit Wucht die Zö-

Sinowjew gestürzt

wegen Vorbereitung der Spaltung der KPR.

Moskau, 25. Juli. (Telegramm der Impekorr.) In der letzten Woche tagte in Moskau das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Ueber die soeben beendete Tagung wird ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt:

Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschäftigte sich mit einer Reihe wichtiger Fragen des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie des innerparteilichen Lebens.

Nach Anhörung des Referates der Zentralen Kontrollkommission über nach dem 14. Parteitage eingetretene Fälle fraktioneller Tätigkeit und Verletzung von Beschlüssen früherer Parteitage betreffs Wahrung der Einheit der Partei durch einige führende Parteimitglieder sowie über den Zusammenhang dieser fraktionellen Tätigkeit mit dem Apparat des EKKI, das unmittelbar von dem Mitgliede des Politbüros, Genossen Sinowjew, geleitet wird, beschloß das Plenum, Genossen Sinowjew vom Posten eines Mitgliedes des Politbüros des ZK abzberufen und Genossen Laschewitsch aus der Reihe der Kandidaten des ZK auszuschließen. An Stelle des Genossen Sinowjew wurde Genosse Rudsutak zum Mitgliede des Politbüros gewählt.

Die Resolution über die Wahrung der Einheit der Partei weist darauf hin, daß die zur Zeit des 14. Parteitages entstandene und von letzterem verurteilte Opposition, obwohl ihr die Möglichkeit blieb, sich in sämtlichen führenden Institutionen zu betätigen, doch weiter auf ihren vom Parteitage festgestellten Irrtümern beharrte und in ihrem Kampfe den Boden rechtmäßiger Verteidigung ihrer Ansichten im Rahmen des Parteistatuts verließ. In der letzten Zeit verletzte die Opposition die Beschlüsse früherer Parteitage betreffs Wahrung der Parteieinheit und versuchte, eine illegale fraktionelle Organisation zu schaffen, die der Partei gegenüberstand und gegen deren Einheit vorging. Dieser Versuch äußerte sich in der Abhaltung illegaler, konspirativer Versammlungen, im Druck und Versand von in Moskau und anderen Städten tendenziös gesammelten geheimen Parteidokumenten (Geheimdokumente des Politbüros, verbreitet unter Parteimitgliedern und versandt an die Organisationen von Brjansk, Saratow, Wladiwostok, Pjatigorsk, Omsk, Homel, Odessa), im Entsenden von Agenten nach anderen Parteiorganisationen zwecks Schaffung illegaler fraktioneller Gruppen (Odessaerlse Bjelenskis zwecks Organisierung einer illegalen Fraktion und Feststellung besonderer Chiffern und Parteiquartiere). Festgestellt ist, daß die Fäden dieses fraktionellen Vorgehens der Opposition zum Apparat des EKKI laufen, an dessen Spitze Sinowjew steht. Die Resolution hebt besonders die Tatsache einer illegalen fraktionellen Versammlung im Walde bei Moskau hervor, die der Mitarbeiter des ZK. und der KL. der Genosse Bjelenski, organisierte und als Vorsitzender leitete. — In dieser geheimen Versammlung trat der Kandidat des ZK., Genosse Laschewitsch, auf und forderte die Anwesenden auf, sich zum Kampfe gegen die Partei und das von letzterer gewählte ZK. zu organisieren.

Die Resolution des Plenums betont, daß alle diese desorganisatorischen Handlungen der Opposition bezeugen, daß die Opposition beschlossen hat, von der legalen Verteidigung ihrer Ansichten Schaffung einer illegalen Organisation in der gesamten Sowjetunion überzugehen, die sich der Partei gegenüberstellt, und also eine Spaltung vorbereitet. Diese Tätigkeit der neuen Opposition rief eine Belebung unter den von der Partei verurteilten Gruppierungen hervor und trieb diese kläglichen Ueberreste außerparteimäßiger Spaltungsgruppen zur Aufnahme der Arbeit gegen die Partei und deren Einheit, gestützt auf die neue Opposition.

Die wachsende Fraktionsarbeit der neuen Opposition führte sie zum Spiel mit der Idee zweier Parteien und verschärfte außerordentlich die antileninistische Richtung der Opposition: Zweifel an den Kräften des Proletariats und Pessimismus gegenüber dem sozialistischen Aufbauwerk im allgemeinen und insbesondere gegenüber dem Aufbau der sozialistischen Industrie; Tendenz, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft (Mittelbauern) zu zerstören, das heißt Aufhebung des Prinzips, das uns nach Lenin „höchstes Prinzip der proletarischen Diktatur" ist; Tendenz zur Unterstützung und Deckung der ultrarechten Abweichung in unserer Partei mit offenkundiger Neigung zum Menschewismus; Tendenz zu einem internationalen Block mit Ultralinken vom Typus Korsch und mit Ultrarechten vom Typus Souvarine, die einen wilden Ansturm auf die Diktatur des Proletariats der Sowjetunion nach ihrem Ausschlusse aus der KI. unter dem Vorwande angeblicher bäuerlicher Kulakenentartung unserer Partei ausführen.

Die neue Opposition bringt keine sachlichen Vorschläge, operiert mit angeblich linken Phrasen, die den rechten opportunistischen Inhalt decken, und geht zu ganz unzulässigen, eine Spaltung herbeiführenden Kampfmethoden über. Die fraktionelle Tätigkeit der Opposition beschränkt sich nicht auf den Rahmen der KP. der Sowjetunion, sondern es wurden Versuche gemacht, den Apparat des EKKI, in den Kampf hineinzuziehen und mit seiner Hilfe die verurteilten Ansichten der Opposition in anderen kommunistischen Parteien zu verbreiten und dadurch den Boden zur Aufreizung ausländischer kommunistischer Parteien gegen die KP. der Sowjetunion vorzubereiten.

Es muß bemerkt werden, daß der erste Versuch der neuen Opposition, zum konspirativen fraktionellen Kampf überzugehen, seinen Ausdruck in Handlungen von Mitarbeitern des EKKI. fand, die unmittelbar mit Sinowjew verbunden sind, und fraktionelle Gruppen in verschiedenen Parteien der KI. zu verschaffen versuchten (Angelegenheit Gurlski-Wujowitsch).

Die Resolution betont, daß die Partei für den fraktionellen Kampf alle Parteimitglieder, die daran teilnahmen, verantwortlich macht; jedoch trage die politische Verantwortung für den parteispaltenden Kampf der Führer der Opposition auf dem 14. Parteitage, Genosse Sinowjew, dessen Gesinnungsgenossen aktiv an der Fraktionstätigkeit teilnehmen und den Apparat des EKKI., der Sinowjew unterstellt ist, ausnützen, zumal Sinowjew keinerlei Versuche machte, diese Gesinnungsgenossen zu verurteilen und sich von ihnen zu trennen.

Deshalb schloß das Plenum den Genossen Sinowjew aus dem Politbüro und den Genossen Laschewitsch aus dem Zentralkomitee aus, rief letzteren von seinem Amte des stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates ab, erteilte ihm einen strengen Verweis und die Verwarnung, ihn im Falle fortgesetzter fraktioneller Tätigkeit aus der Partei auszuschließen.